

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Erich Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Kollstr. 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1,80 Mk.; für
den Stellenmarkt 90 Pf. - Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Englischer Anschlag in Genf

F. K. Im Jahre 1921 wurde von der ersten Arbeitskonferenz in Washington das Internationale Abkommen über den Achtstundentag beschlossen. Jeder der beteiligten Staaten sollte es innerhalb eines Jahres, allerhöchstens aber innerhalb 18 Monaten annehmen. Es war somit jede Regierung durch Wort und Unterschrift gehalten, dem Abkommen in der genannten Frist gesetzliche Form zu geben. Was gilt aber den hohen Obrigkeiten eine gesetzliche Verpflichtung, wenn es um etwas Nützliches für die Arbeiterschaft geht! Von den 54 an der internationalen Arbeitsorganisation beteiligten Staaten haben nur sieben und zwar Indien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Tschechoslowakei, Chile und Belgien das Abkommen angenommen, Frankreich und Österreich nur mit der Einschränkung, daß es bei ihnen erst dann in Kraft trete, wenn dies auch in den großen Industrieländern wie England und Deutschland geschehe. So erfreulich es ist, daß diese Länder ihre Verpflichtung erfüllen, die Bedeutung für die Gestaltung der internationalen Arbeitszeit ist gering. Auf die großen Industrieländer kommt es an. Diese aber blieben untätig, gewiß nicht in Heuchelei und Schiebung, wohl aber in der gesetzlichen Vollziehung des Abkommens.

Daß es die Gewerkschaften ob der Untätigkeit der Regierungen nicht beim Daumendrehen betenden lassen, versteht sich. Als die Gewerkschaften den Regierungen etwas zu arg aufspielten, gingen die Arbeitsminister mit einem Musterkoffer voller Schmus und Augenpulver zu einer Konferenz in Bern, allwo sie gemeinsam herauszufinden sich bemühten, wie man tut, als ob etwas getan werden würde. Durch die Zusammenkunft im Jahre 1924 sollten, so wurde halbamtlich verkündet, die Schwierigkeiten der Annahme des Abkommens beseitigt sein. Dessenungeachtet blieb alles beim Nichts. Zwei Jahre später kamen die Arbeitsminister nochmals in London zusammen. Nun sollte der Annahme des Abkommens nicht mehr, aber auch gar nichts mehr im Wege stehen, denn man sei sich über die letzten der Unklarheiten klar geworden. Es blieb wiederum beim Nichts. Nur in Belgien, wo die Sozialisten die Regierung auslagend beherrschten, wurde das Abkommen bedingungslos angenommen. Und obwohl sich das Land damals in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis befand, ist durch den gesetzlichen Achtstundentag weder der Himmel eingestürzt, noch müssen die Unternehmer stempeln gehen.

Die ablehnende Haltung der englischen und der deutschen Regierung kam und kommt dem Ausbeutertum aller Länder trefflich zupass. Wo immer die Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, wird auf England und Deutschland verwiesen: Wenn diese großen Industrieländer nicht einmal das milde Washingtoner Abkommen annehmen, wie können wir kleinen Länder es da tun? So sind denn Deutschland und England das große Hemmnis des internationalen Achtstundentages geworden.

Die Londoner Regierung scheint der Schmuserei nun satt, sie will den ungetarnten Reaktionen nur spielen. Dieser Tage, in der Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes verlangte der englische Regierungsvertreter, die Revision des Washingtoner Abkommens auf die Tagesordnung der nächstjährigen Konferenz zu setzen. Was mit diesem Antrag bezweckt wird, ließ die Begleitende deutlich genug erkennen: Die englische Regierung will das Abkommen nicht eher annehmen, als bis es dermaßen weit gemacht oder durchlöcher ist, daß es dem Unternehmertum nicht wehe tut. Und der Mitler Betterton berief sich auf eine Bestimmung des Abkommens, die besagt, daß es in 10 Jahren einer Revision zu unterziehen sei. Das ist an sich ganz richtig. Nur wurden die Urheber der Bestimmung von der Meinung geleitet, daß es nach einem Jahrzehnt Zeit zur Verbesserung sei, aber beileibe nicht zu einer Verschlechterung, wie es der englische Antrag sicherlich beabsichtigt.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Arbeitervertreter angenommen. So wird sich denn die Arbeitskonferenz von 1929 mit ihm beschäftigen. Wie ihre Entscheidung ausfallen wird, kann kein Ratfel sein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich die Konferenz zu zwei Dritteln aus Regierungsbeamten und Unternehmern zusammensetzt. Der Antrag bedeutet insofern einen herben Schlag für die Bewegung für den gesetzlichen Achtstundentag, als einige der Staaten nun eine abwartende, die meisten eine noch ablehnendere Haltung einnehmen werden, und das Ausbeutertum aller Länder wird frohlockend auf den englischen Antrag zeigen. Allein, daß dies dem Ausbeutertum viel nützen wird, kann man füglich bezweifeln. Das Ringen der Gewerkschaften um die kürzere Arbeitszeit wird nun noch tatkräftiger einsetzen, und dies nicht bloß auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete.

In diesem Jahre gehen 7 Wähler an die Wahlurne, darunter Deutschland und England. Wenn in diesen beiden Ländern noch etwas gefehlt hätte, den Arbeitern die Bedeutung der politischen Wahlen einzublenzen, dann dieser Streich gegen das Washingtoner Abkommen. Den durch eine lange Fron gequälten Menschen ist aufs neue recht eindrucksvoll zum Bewußtsein gebracht, daß nicht bloß der Lohn, sondern auch die Arbeitszeit in hohem Maße eine politische Sache ist, die mit dem Stimmzettel geregelt werden muß. Wie alle Zeichen annehmen lassen, wird mit der Vorregierung die ihr aufs Haar gleichende schwarzblaue Nachregierung durch die Wahlwegespült werden. So darf man hoffen, daß im nächsten Jahre in Genf ein englischer Regierungsvertreter erscheint, der beantragt, den Antrag seines Vorgängers nun ebenfalls wegzuspülen. Und der englische Vertreter dürfte dann von einem gleichgesinnten deutschen Kollegen unterstützt werden.

Das Vorgefecht in Mitteldeutschland

Einschüchterungsstrategie der Metallindustriellen

Daß es den bestreiten Fabrikanten in Mitteldeutschland immer garstiger zumute wird, läßt sich an den Fingern abzählen. Bei diesen armseligen Löhnen und bei diesen hübschen Preisen verdienen sie ganz nett und sie wollten natürlich auch weiterhin so gut verdienen. Der Drang zum Geldmachen hat aber ihren geschäftlichen Verstand arg verknorpelt. Sie vergaßen, daß auch die Arbeiter, die durch verstärkte Fron den schönen Profit erzeugen, einer besseren Bezahlung sehr bedürftig sind. Als die Arbeiter mit einer Lohnforderung kamen, wurden die Fabrikanten wild und hochbeimig. Wie doch? Ausgerechnet jetzt, wo wir so schön verdienen, kommen die Arbeiter mit ihrer Lohnforderung, wollen uns also das einträgliche Geschäft verpaiden. Da kann man wieder mal sehen, wie wenig den Arbeitern das Wohl der Wirtschaft und des Vaterlandes am Herzen liegt. Nein, aus der Lohnforderung wird nichts, jetzt ganz bestimmt nicht. Einen Dreier die Stunde, na in Gottes Namen, denn der kann uns bei der Begründung einer Preiserhöhung gute Dienste tun. Aber keinen Pfifferling mehr. Der gleichen Meinung war, wie der Dreierspruch beweist, auch der amtliche Schlichter. Die Nikolai des Unternehmertums wurden in Bewegung gesetzt, um der Welt zu beweisen, daß die Forderung der Arbeiter den Ruin der mitteldeutschen Industrie, den Zusammenbruch der Weltstellung Deutschlands und den Einsturz des Himmels bombensicher herbeiführen.

Die Arbeiter, die ihre Pappentimer mit dem Nikolai aus einer vielfältigen Erfahrung kennen, ließen sich nicht beirren. Sie wollten nicht einsehen, daß das große Wehr, das aus ihren Knochen herausgeschunden wird, den wohlgerüsteten Fabrikanten auch weiterhin ganz allein verbleiben sollte. Sie legten die Arbeit nieder, der weiterschaffende Rest wurde ausgeperlt. Das so manches Mal genübte Druckmittel versagt jetzt aber. Die kämpfenden Arbeiter lassen sich weder einschüchtern noch verpaiden. Ruhe ist ein Zeichen der Kraft. Der Kampf geht Woche für Woche in der gleichen Ruhe und der nämlichen Kühnheit weiter. Das geht den Fabrikanten auf die Nerven und an den Geldbeutel. Verhandlich. Das Maschinengewerbe kann nicht wie die Schwerindustrie lange Zeit vom Lager verkaufen; es hat es mit be'nders gearteter, recht unterschiedlichen Aufträgen zu tun, die zum Teil einzeln auszuführen und an bestimmte Lieferfristen gebunden sind. Das gilt für inländische, aber noch mehr für die ausländischen Aufträge. So hat beispielsweise die Metallindustrie in Halle wichtige Aufträge für Java, die bis zum 15. März erledigt sein müssen, um bei Beginn der Zuckerrnte an Ort und Stelle zu sein. Wird die Lieferzeit nicht eingehalten, ist der Auftrag eben futsch, und die Auftraggeber, einmal im Stiche gelassen, werden sich künftig andere Lieferanten wählen.

Natürlich können durch die Unmöglichkeit, rechtzeitig zu liefern, nicht nur ausländische, sondern auch inländische Kunden verloren gehen. Ja, die Gefahr besteht, daß die lieben deutschen Berufskollegen in nichtbestrittenen Gebieten aus der Not der mitteldeutschen Fabrikanten ein Geschäft machen und gar die unbefriedigten Kunden ergattern. Nun ist die Klassen-solidarität beim Unternehmertum sicherlich gut ausgeprägt, aber wohl doch nicht ganz so, als daß man sich den Wettbewerbern zuliebe geschäftlich aufgibt. Die mitteldeutschen Fabrikanten kommen daher zu dem Schluß, daß die Solida-

rität, die doch eine Sache des Gehens und Nehmens ist, auch von den nichtbestrittenen Kollegen zu beweisen sei. Und diese wünschen inbrünstig, daß ihre Kollegen in Mitteldeutschland recht lange anshalten möchten, von wegen den daraus quellenden neuer Aufträgen und zur Erleichterung der Lohnkämpfe, die im Laufe der nächsten Monate in anderen Gebieten Deutschlands winken. Die Unternehmer aller Art halten diesen Ausstand für das große Vorgefecht der kommenden Lohnbewegungen.

Dem Verlangen der so arg in der Klemme sitzenden Kollegen können sich die anderen Standesgenossen nicht wohl verschließen, schon aus dem Grunde, damit sie noch recht lange aushalten. Es ist immer besser, die mitteldeutschen Fabrikanten werden geschädigt als sie selbst. Dieser einfachen Logik entsprechend hat der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen am 7. Februar beschlossen:

1. Die mitteldeutsche Gruppe in dem ihr aufgezungenen Lohnkämpfe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.
2. Zu diesem Zwecke die vorhandenen Fonds durch eine das gesamte Verbandsgebiet umfassende geldliche Umlage zu verwalten.
3. Zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zu gegebener Zeit zur Gesamtauslieferung zu schreiben.
4. Eine Kommission von 12 Herren aus allen Teilen des Reiches einzusetzen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen Vollmachten ausgestattet sind.

Was von diesem Beschluß oder seinen Besprechungen in die Tat umgekehrt wird, wollen wir in aller Ruhe abwarten. Er ist vielleicht geeignet, die mitteldeutschen Fabrikanten, besonders die kleineren zu trösten und anzutreiben, das immer höher steigende Wasser vom Grunde wegzupatschen und ein paar Streikbrechern mehr von Holzgeräten von und nach den Wäben gelassen zu lassen. Das ist sicherlich ein ganz schöner Betreibetreib, womit man sich über die gefährlichste Zeit hinweghelfen und Freude entfachen kann, besonders bei den glücklicheren Wettbewerbern.

So sehr auch die Einschüchterungsstrategie der Fabrikanten an diesem Ausstand schuld ist, die Schuld des Schlichters ist bestimmt nicht geringer. Der Mann hat der mitteldeutschen Industrie einen schlechten Dienst erwiesen. Daß deutsche Fabrikanten kurzichtig sind, läßt sich aus ihrer Vergangenen und Erziehung begreifen, was man aber nicht begreifen kann, ist, daß ein Schlichter, der doch Streite schlichten soll, durch seine Sprüche Streite entfacht oder verschärft. Dies scheint auch dem Reichsarbeitsministerium gedankt zu sein. Es hätte am 8. Februar die Parteien zu Einigungsverhandlungen nach Berlin geladen. Dabei betonte der Vertreter der Metallindustriellen, daß er „grundsätzlich“ gegen eine weitere Lohnerhöhung sei, als der Dreier-Schiedspruch ausgesprochen hat. Diese Halsstarrigkeit kann nicht mundernehmen, da ja gerade die Hilfe des Gesamtverbandes der Metallindustriellen zugesagt worden war. Offenbar meinen die industriellen Schlauberger, der Beschluß des Gesamtverbandes werde die Arbeiter einschüchtern und nachgiebig machen. Wir glauben ihnen versichern zu können, daß sie sich täuschen. Auf Einschüchterungsstrategie und gleichwertige Übungen waren die Ausständigen von allem Anfang an gefaßt.

Viel Lärm um nichts

Große Aufregung herrscht wieder mal in der bürgerlichen Presse. Da liest man lärmende Überschriften, wie „Eilen unter Kartellaufsicht“ oder gar „unter Staatsaufsicht“, und je nach ihrer politischen Stellung tun die einen so, als ob sie sich darüber freuen, indes die anderen zornig toben und dem Reichswirtschaftsminister drohen. Was ist eigentlich geschähen?

Ende Januar hat der Reichswirtschaftsminister, wenn man jener Presse glauben will, in die Eisenpreisbildung „eingegriffen“. Hat er das wirklich getan? Bekanntlich hat der Vorstand des ADGB ihn am 18. Januar dazu aufgefordert, und wenn er die Aufforderung befolgt hätte, so wäre das nur seine Pflicht gewesen. Es wird auch wohl zutreffen, daß seine am 28. Januar im Reichstagsauschuß abgegebene Erklärung unmittelbar auf jene gewerkschaftliche Aufforderung zurückzuführen ist. Denn da wurde ihm in erster Linie die Anwendung der Kartellverordnung empfohlen. Allerdings ging der ADGB weiter und verlangte sofortige Aufhebung oder wenigstens erhebliche Senkung der Eisenpreise und ferner Juangriffnahme der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Eisenindustrie. Aber der Minister dachte wohl, um die vom Vorstand des ADGB vertretenen Arbeiter einzufüllen, werde es genügen, wenn er zunächst einmal mit der Kartellverordnung in der Luft herumfuchtele. Darauf hat er sich beschränkt.

Nun, wir sind in der deutschen Republik längst an Bescheidenheit gewöhnt und wollen für den Anfang auch damit zufrieden sein. Hat doch der Minister mit Bezug auf die jüngst beschlossene Erhöhung der Eisenpreise davon gesprochen, daß die Auslösung der monopolähnlichen Stellung durch die Erzeugerartelle zur Schädigung der deutschen Gesamtwirtschaft führen könnte. Das ist für einen Wirtschaftsminister eine sehr erfreuliche Erkenntnis, und so darf man wohl hoffen, daß er tatkräftig zugegriffen hat.

Jedoch, etwas kaltes Wasser spürt man schon, wenn man weiter liest, daß der Minister nur ein Warnungssignal für die Zukunft ausgesendet hat. Nur eine Warnung? Und nur für die Zukunft? Es handelt sich doch darum, die gegenwärtige, schon beschlossene Eisenverteuerung zu verhindern.

Der kalte Wasserstrahl wird zur vollen Dusch durch den Wortlaut der Verordnung selbst. Da hat nämlich der Minister weiter nichts angeordnet, als daß ihm künftighin die Eisenartelle, wenn sie Preisänderungen beschließen, eine Abschrift der Beschlüsse einreichen sollen und daß die Beschlüsse erst nach Zugang der Abschrift in Kraft treten.

Das ist alles. Und dieses Alles ist, wie jeder sieht, tatsächlich nichts. Nicht einmal künftige Beschlüsse werden von der Zustimmung des Ministers abhängig gemacht. Die Unternehmerverbände haben nur nötig, eine Abschrift ans Ministerium zu schicken, und dann tritt ihr Beschluß in Kraft! Von der gegenwärtigen Eisenverteuerung ist in der Verordnung überhaupt keine Rede.

Der Minister hätte immerhin mehr verfügen können. Zwar kann er nicht auf Grund des sehr zahnen Kartellgesetzes den Beschluß einfach für ungültig erklären. Wohl aber kann er dies beim Kartellgericht beantragen. Auch hätte er anordnen können, daß jedes einzelne Kartellmitglied den Beschluß nicht zu befolgen brauche oder fristlos aus dem Kartell auscheiden könne. All das hätte wahrscheinlich praktisch auch nichts zu bedeuten gehabt. Die Kartellmitglieder hätten auch dann die Vertretung durchgeführt und das Kartellgericht würde ihnen wohl ebenfalls kein Verleum gestimmt haben. Aber indem der Minister selbst solche bescheidenen Maßnahmen unterlassen hat, befördert er, daß er an der beschlossenen Versteuerung nicht in

Der sächsische Schiedsspruch ungesetzlich Laut Urteil des Arbeitsgerichts in Dresden

Das Arbeitsgericht in Dresden hat den Spruch der Schlichterkammer für den Freistaat Sachsen vom 29. Dezember 1927 für ungültig erklärt. Zum besseren Verständnis dieser bedeutungsvollen arbeitsgerichtlichen Entscheidung sei einiges vorausgeschickt:

Die Schiedssprüche vom 29. Dezember 1927, die für die sächsischen Hüttenarbeiter eine ungesetzliche Arbeitszeit festlegten, wurden trotz des heftigsten Widerpruchs unserer Verbandsleitung am 9. Januar vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Damit hat der Minister den Forderungen der Unternehmer nachgegeben und die berechtigten Ansprüche der Arbeiter auf die gesetzliche Arbeitszeit willkürlich beiseite geschoben. In der Begründung der Verbindlichkeitsklärung wird gesagt, daß die Durchführung der Schiedssprüche im öffentlichen Interesse geboten sei. In Wirklichkeit dient die ungesetzliche lange Arbeitszeit, die in den Schiedssprüchen für die Hüttenarbeiter festgelegt ist, nur dem Nutzen des Unternehmertums. In dem Geschäftsbericht der Mitteldeutschen Stahlwerke AG., wozu die sächsischen Werke gehören, steht geschrieben, daß neben 3,55 Millionen Mark Abschreibungen ein Reingewinn von 3,7 Millionen Mark erzielt worden ist, so daß auf die 50 Millionen Aktienkapital eine Dividende von 7 1/2 % verteilt werden kann. Solche „schwer erarbeiteten Verdienste“ dürfen vom Reichsarbeitsminister nicht geschmäler werden.

Trotz der Verbindlichkeitsklärung bestritten die Hüttenarbeiter die Rechtmäßigkeit der Schiedssprüche und erklärten sich vor wie nach zur Wehre, auf gesetzlicher Grundlage zu arbeiten. Darauf griffen die Unternehmer zu weiteren Gewaltmitteln. In den Werken Gröbzig, Riesa und Guldau wurden am 22. Januar an die gesamte Belegschaft ausgespart, so daß in Riesa und Gröbzig rund 5500 und in Guldau über 2000 Kollegen im Kampfe stehen.

Neben dieser Gewaltmaßnahme versuchten die Unternehmer, die gewerkschaftliche Unterstützung der Ausgesparten zu unterbinden. Der Metallindustriellenverband von Dresden hat an das Arbeitsgericht den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Bezirksleitung unseres Verbandes und den Bezirksleiter per östlich gerichtet, dahingehend, daß der Bezirksleiter bei Androhung einer vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe untersagt wird, die Verbandsmitglieder, die in den Hüttenwerken beschäftigt waren, gegen die (ungesetzlichen) Bedingungen des Schiedsspruches zu setzen und ihnen irgendwelche Streikunterstützung zu gewähren. Der Metallarbeiter-Verband sollte also durch Richterdruck verpflichtet werden, die Verbandsmitglieder zur Aufnahme der Arbeit in den Bedingungen des Schiedsspruches zu veranlassen. Wie Figuren zeigt, wählten die Unternehmer einen bequemen Weg, um zum Ziele zu gelangen: Sie verlangten, daß das Arbeitsgericht die gewerkschaftliche Unterstützung der kämpfenden Hüttenarbeiter unterbünde, damit sie durch Mittellosigkeit, durch Hunger in die Knieen zurückgetrieben werden.

Von Seiten des DMB wurde es jedoch für undenkbar gehalten, daß sich ein Gericht zu einem solchen Urteilspruch bereit finden werde. Die Nachprüfung des Schiedsspruches müsse ohne weiteres ergeben, daß er auf ungesetzlicher Grundlage beruht und infolgedessen das Verlangen der Unternehmer, die Gewerkschaft bei der Kampfburchführung auszuschalten, zurückzuweisen sei. Um nun die Gesetzmäßigkeit des Schiedsspruches, der die Arbeitszeit für die sächsischen Hüttenwerke festlegt, feststellen zu lassen, hat am 9. Januar die Bezirksleitung in Dresden eine Feststellungs-Klage beim Arbeitsgericht gegen den Verband der Metallindustriellen eingereicht. Am 6. Februar wurde das erstinstanzliche Urteil veröffentlicht. Es wird festgestellt, daß der Schiedsspruch der Schlichterkammer für den Freistaat Sachsen vom 29. Dezember 1927 ungültig ist. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreites.

Wie man sieht, arbeiten in der Metallindustrie nach immer 12 1/2 oder 13 Stunden, und davon 3 1/2 oder 4 1/2 Stunden, wenn auch nicht verlangt werden kann, daß bei Erhebungswoche eine Erleichterung eingetreten und daß die lange Arbeitszeit auf überstunden zurückzuführen ist, wozu der Drang, die gestiegenen Ansprüche zu erfüllen, viel beigetragen haben mag. Möglich, daß die Tarifverträge in der Metallindustrie wie in anderen Gewerken noch eine deutliche Überschreitung der 48-Stunden-Grenze gestatten, aber auch, daß vielleicht die tariflichen Grenzen noch nicht überall streng eingehalten wurden. Im Folgenden ist die Überschreitung der 48-Stunden-Grenze 11 1/2 Stunden im Vergleich mit 10 1/2 Stunden in der Schichtarbeit 5 1/2 Stunden. Gewerkschaften in den einzelnen Betrieben werden um so mehr einwirken, je mehr jedes betriebswirtsch. Handl. von den Arbeitern selbst ausgeht wird. Die strenge Einhaltung der vertraglich festgesetzten Arbeitszeit schafft die beste Grundlage dafür, daß ein weiterer Fortschritt der Arbeiterschaft gedacht werden kann.

Einem Taler hat ein Medaillon!

Der Arbeiterschaft für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes war ein Vorschlag angeleitet worden, solchen Rechenmittellösungen, welche ihre Vervollständigung mit dem Prädikat „sehr gut“ oder „ausgezeichnet“ bezeichnen, eine Medaille zu verleihen. Rag der Vorschlag auch aus einem guten Herzen gekommen sein, wir können darin nur einen Versuch erblicken, den alten Unmut mit Orden und Ehrenzeichen wieder zu betreiben. Soll unsere Jugend, die nach größtmöglicher unter den Rücksichtungen des größten aller Vorgesetzten, sich wieder an den „Kampfbüchlein“ auf der Feldbahn gewöhnen werden?

Da es sich doch meistens um einen Taler handelt, wäre man besser, den besten Prüflingen einen oder mehrere harte Taler in die Hand zu drücken. Damit könnten die jungen Menschen oder Eltern etwas Besseres anfangen. Ein Taler in der Tasche tut uns besser, als eine Medaille auf der Brust. 1912 war es, da die Firma Krupp ein solches Rechenmittellösungsprogramm an alle Arbeiter, die längere Jahre bei ihr beschäftigt waren, eine silberne Erinnerungsmedaille verleihte. Nicht viel später konnte man in jedem Fenster eines Türlens ein Schild lesen: „Während jeder Art werden hier angelernt!“ Und darunter ein halbes Dutzend struppiger Medaillen. Soll das nicht so sein?

Darf eine Gewerkschaft auf die Erfüllung des Tarifvertrages klagen?

Ein wichtiger Streitpunkt für die Gewerkschaften ist Mitte Januar bei dem Reichsarbeitsgericht in Leipzig entschieden. Es handelt sich um die Frage, ob eine Tarifpartei auf Erfüllung tariflicher Verpflichtungen klagen berechtigt ist. Das Reichsarbeitsgericht übernahm in diesem Rechtsstreit zu entscheiden, daß auf keinen Fall der Kläger — der Deutsche Zigarrenarbeiter-Verband — berechtigt ist, im eigenen Namen den Erfüllung der Arbeiter auf Erfüllung zu verlangen. Seine Klage wird nicht von der Tarifpartei, sondern vom Reichsarbeitsgericht beantragt. Der

In der Begründung des Urteils folgt das Arbeitsgericht nicht in allen Teilen unserer Auffassung über die Ungesetzlichkeit des Schiedsspruches. Dieser gliedert sich in verschiedene Teile, und zwar wird unter I und II die Arbeitszeit für die Thomastahlwerke und die Martinstahlwerke, Elektro- und Ziegelstahlwerke festgelegt und die Bestimmungen über die Sonntagsruhe getroffen. Es heißt dann in dem Schiedsspruch: „Weiter kommt hinzu, daß Sonntags in den genannten Betrieben um 19 Uhr die erste Charge steigt. Als ordentliche Schicht an Sonntagen gilt die Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr.“ Diese Festlegung wurde von uns als ungesetzlich bekämpft, weil sie gegen zwingende gesetzliche Vorschriften der Gewerbeordnung und der Bundesratsverordnung vom 6. Februar 1895 über die Sonntagsruhe verstößt. Nach dieser Verordnung ist eine Betriebsruhe von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends einzuhalten. Wenn nun dem Schiedsspruch entsprechend der erste Abstieg um 19 Uhr erfolgen soll, müssen diese Bestimmungen über die Sonntagsruhe unbedingt verletzt werden, denn das Schmelzen einer Charge dauert nach den Betriebsverhältnissen in den sächsischen Betrieben 6 bis 8 Stunden. Der Schmelzbetrieb müßte also bereits, wenn der Abstieg um 7 Uhr abends erfolgen soll, um 11 Uhr vormittags beginnen. Die Unternehmer freilich wollten sich zu helfen und auch der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums frugte sie in ihrer Auffassung. Sie behaupteten den gesamten Schmelzprozeß, vom ersten Einleiten des Schmelzergutes bis zum Abstieg des Ofens, als vorbereitende (!) Arbeiten, die zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes gesetzlich zulässig seien. Erst mit dem Abstieg selbst beginne die produktive Arbeit. Das Arbeitsgericht hat eine solche Auslegung zurückgewiesen und ist, bekräftigt durch ein Sachverständigenurteil eines Direktors aus einem der Werke selbst, zu der Entscheidung gekommen, daß alle die Arbeiten, die dem Abstieg vorausgehen, das Schmelzen der Ofen, das Überwachen des Schmelzprozesses, keine vorbereitenden Arbeiten im Sinne der Gewerbeordnung § 105c Ziffer 3 sind, sondern vielmehr vom Beschäftigten ab als Vollwerkarbeit anzusehen sind. Bei Verletzung solcher Arbeiten am Sonntag zwischen 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends werden also gesetzliche Vorschriften übertreten.

Unter Punkt III wird in dem Schiedsspruch für die Arbeiter in den Hammer- und Brechwerken sowie fallenden Walzenstraßen die Achtstundenschicht festgelegt, jedoch mit der Einschränkung, daß die Werke wochentäglich von jeder Schicht eine Stunde Mehrarbeit vertragen lassen können, wenn es wirtschaftlich erforderlich erscheint.

Auch diese Bestimmung mußte als ungesetzlich bekämpft werden, weil sie mit der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 und der Verordnung vom 16. Juli 1927 über die Arbeitszeit in Stahlwerken in Widerspruch steht. Die Ansicht unserer Bezirksleitung wird von anerkannten Juristen als arbeitsrechtlich geboten gestützt. Trotzdem ist das Arbeitsgericht in diesem Punkte unserer Begründung nicht gefolgt, sondern kommt zu der Entscheidung, daß durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister auch den Schiedsbestimmungen der Arbeitszeitverordnung Rechnung getragen sei. Der Schiedsspruch unter Punkt III sei also rechtmäßig. Weil aber ein Teil des Vertrages nichtig ist, ist der gesamte Vertrag nichtig.

weil nicht anzunehmen ist, daß der übrige Teil für den Fall, daß der eine ohne Geltung ist, für die Parteien bestehen bleiben soll, da er mehrere zusammenhängende Arbeitsprozesse regelt. Vielmehr ist er als ein einheitliches Ganzes zu betrachten, das bei der Ungültigkeit eines Teils die gesamte Unwirksamkeit der privatrechtlichen Verhältnisse gemäß § 139 BGB nach sich zieht. Damit ist auch der Schiedsspruch als Ganzes unwirksam.

Durch dieses Urteil wird das Vorgehen der Arbeiterschaft und der Verbandsleitung gerechtfertigt, trotzdem zunächst unsere Auffassung über die Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus noch nicht durch das Gericht bestätigt wurde. Dennoch ist aber die einstweilige Verfügung unhaltbar, die auf Antrag der Unternehmer vom Gericht gegen unsere Bezirksleitung und den Bezirksleiter Reichgraber persönlich ergangen ist und die Auszahlung von Streikunterstützungen an unsere kämpfenden Kollegen bei Androhung von Strafe untersagt.

Die Unternehmer werden wahrscheinlich gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Berufung beim Landesarbeitsgericht und weiterhin Revision beim Reichsarbeitsgericht einlegen. Es ist vielleicht auch zu erwarten, daß der Reichsarbeitsminister, nachdem gegen ihn entschieden worden ist, von sich aus eingreift und die Sprungrevision anordnet, wozu er im vorliegenden Falle nach den Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes die Befugnis hat.

allermindestens zu rütteln gebietet, obwohl er in der Verordnung selber sagt, daß eben diese im Januar beschlossene Verteuerung die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl gefährdet. Damit ist klar erwiesen, daß dieser Schlag ins Wasser, dieser viele Damm um nichts weiter seinen Zweck hat, als so zu tun, als wenn man die Aufforderung der Gewerkschaften befolgt.

Natürlich wissen die Unternehmer genau, was die nicht einmal schöne Geste des Ministers wert ist. Doch ebenso natürlich bleiben sie ihrer oft bewährten Taktik treu und geben sofort auf dieses Spiel mit verteilten Rollen ein. Auf der Stelle, schon am 1. Februar, haben die Verkaufsverbände der Eisenindustrie dem Wirtschaftsminister einen Schreibebrief geschickt, worin sie gegen seinen „unbegründeten Angriff“ und die schwere Schädigung ihres Ansehens in der Öffentlichkeit Einspruch erheben. Herr Bönsagen aber, stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, hat in der sächsischen Zeitung alsbald einen Aufsatz losgelassen, der darüber jammert, daß „die Eisenindustrie unter Staatsaufsicht gestellt“ sei, ohne auch nur die Möglichkeit zu haben, „eine unparteiische Instanz anzurufen.“ Womit doch wohl gesagt ist, daß der Minister in diesen Dingen Partei sei. Ein Wortwurf, der nur eine einzige Deutung zuläßt. Aber keine Angst, Herr Bönsagen wird sich deswegen nicht vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben. Im übrigen fehlt in dem Aufsatz auch nicht die Drohung, „weitere Teile der Betriebe oder im Notfall ganze Werke zu schließen.“ Wer wollte nun noch nicht glauben, daß die Unternehmer mit dem Minister „als äußerste Verfahrart“ und sich von seiner Verordnung ernstlich bedroht fühlen?

So ist alles getan, um den Arbeitern wieder mal Sand in die Augen zu streuen, und inzwischen wird die Verteuerung des Eisens durchgeführt und die Preise steigen lustig weiter. Nach dem Index des Statistischen Reichsamts sind die Konsumgüter im Großhandel von Januar bis Dezember 1927 von 151 auf 172 gestiegen, was eine Verteuerung um 14 1/2 % innerhalb eines einzigen Jahres bedeutet. Im Januar letzte sich die Steigerung fort bis auf 173, abermals 1/2 % mehr! Der Index der Lebenshaltung hat im Januar 151 erreicht (gegen 144,5 im Januar 1927). Das war noch vor der Durchführung der Eisenverteuerung. Im nächsten Monat werden wir sehen, wie diese die Gesamtpreise abermals in die Höhe treiben wird.

Wiederholt ist an dieser Stelle ausgeführt worden, daß die fortgesetzte Steigerung der Preise — seit Januar 1924 ist die Lebenshaltung um fast 20 % teurer geworden — grundsätzlich nichts anderes ist, als was während des Krieges geschah und was uns in die entsetzliche Inflation hineingetrieben hat. Heute haben wir einen Beweis dafür, daß gerade dies den Unternehmern gar nicht sehr unangenehm zu sein scheint. Im Börsen-Courier hat am 5. Februar ein Eisenindustrieller seine Schmerzen über den Minister abgeladen. Dabei entschließt ihm das Eingekündigte:

„Wie billig wir in Deutschland zur Zeit der Inflation tatsächlich gelebt haben, weiß heute ein jeder, der die damaligen Preise an der Soldmark sieht.“

Kann? Billig gelebt? In der Inflation? Als uns das Geld unter den Händen wegschlüß und wir vor ständig wachsender Teuerung fast nichts mehr kaufen konnten? Ist der Mann — ? O nein, er ist ganz vernünftig. Ein paar Zeilen weiter kommt des Häufels Lösung. Da heißt es nämlich:

„Denn noch wird die Sonne hoch in Lüthringen und Zugung mit genau der Hälfte des Lohnanteils hergestellt wie in Deutschland.“

weil nämlich in diesen Ländern bis vor kurzem Inflation geherrscht hat, die noch nicht völlig vorüber ist.

Ach so! Ja, das ist richtig: die Arbeiter haben sich während der Inflation vor Entbehrung getraut, weil alles so teuer war; aber die Kapitalisten haben billig gelebt, weil sie vermittelst der Inflation die Söhne immer tiefer herabdrückten.

So versteht man, warum sie die Inflation nicht fürchten und die Preise immer weiter steigern.

Arbeitszeit in Deutschland

In der Woche vom 24. bis 29. Oktober 1927 hat der DMB eine neue Erhebung über die Arbeitszeit vorgenommen. Sie erstreckte sich wiederum wie die vom Mai und November 1924 und vom April 1927 auf eine Reihe von Betrieben, und zwar auf die Betriebe des Eisens, Stahlwerks, der Holzindustrie, der Gummi- und Metallindustrie, der Eisen- und Zementindustrie. In ganzen wurden im Bereich von 335 Ortsämtern 67 099 Betriebe mit 2 904 849 Beschäftigten erfaßt. Ermittelt wurde die tatsächlich in der Erhebungswoche geleistete Arbeitszeit unter Einwirkung der in der Erhebungswoche etwa geleisteten Überstunden.

Erhebungswoche	Tage		Wochentage mit höchst. Arbeitszeit					
	Samst.	Sonnt.	von 6 bis 12 Uhr	von 12 bis 6 Uhr	von 6 bis 12 Uhr	von 12 bis 6 Uhr		
12. bis 17. Okt. 1927	—	—	66,5	47,3	33,5	51,7	5,1	19,0
3. bis 8. Nov. 1927	6,1	9,3	69,6	45,3	24,3	35,4	4,5	10,7
25. bis 30. April 1927	3,2	4,6	73,0	47,4	23,8	48,0	3,7	1,3
24. bis 29. Okt. 1927	1,9	1,7	76,3	55,6	22,4	42,7	8,2	6,3

Das der Tafel ergibt sich, daß die Arbeiter im Durchschnitt der längeren Arbeitszeit zurückgegangen ist die Zahl der Arbeiter mit einer Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden und erst recht die mit mehr als 54 Stunden. Die Mehrheit, 55,6 % der Arbeiter, hat nun eine Arbeitszeit von 48 Stunden und darunter. Die Zahl der Arbeiter, die gegenüber den früheren Erhebungen fast unverändert, jedoch trotz des guten Geschäftsganges, in dem die jüngste Erhebung ist, immer noch nicht ganz befriedigend. In einigen Betrieben war sogar höherer Beschäftigung mit hohem Lohn zu beobachten. Dagegen wurde aber von den Arbeitern die Überstunden, die nicht unbedingt gesetzlich, mehr als früher abgelehnt.

Die Verhältnisse in den Betrieben bei der Erhebung berücksichtigten Substanzen werden durch folgende Zusammenfassung beleuchtet:

Industrie	Zahl der Betriebe	54 Stunden maximal festgelegt als					
		Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit		
Bergwerke	376902	—	24	68	5	3	2
Stahlwerke	68902	1	5	25	13	4	2
Chemische Industrie	212609	2	4	59	5	2	8
Gummiindustrie	229487	2	12	25	5	4	2
Metallindustrie	1444481	3	2	24	15	28	9
Eisenindustrie	80905	11	3	82	2	2	1
Zementindustrie	690103	1	4	27	30	25	3

Zusammen: 2 904 849 | 17 | 40 | 496 | 144 | 231 | 63

Bei der Arbeitszeit von 48 und weniger Arbeitsstunden zeigt es im Vergleich mit den früheren Erhebungen ein günstiges Bild. Die Menge zeigt immer einen starken Rückgang an. Arbeiter auf die wöchentliche Woche von 48 Stunden in der Woche arbeiten.



Technik und Werkstatt



Oberflächenverletzungen

Jeder mechanische Angriff an einer Oberfläche von Werkstücken bedeutet eine Verletzung und jede Verletzung ist gleichbedeutend mit Schwächung der Widerstandsfähigkeit. Da nun aber in vielen Fällen eine mechanische Bearbeitung der Oberflächen zum Zweck der Feinarbeit notwendig ist, so sollen nachstehend einige Angaben gemacht werden, welche Verletzungen zulässig sind und welche nicht.

Betrachten wir die allgemein üblichen Bearbeitungsweisen: Drehen, Hobeln, Fräsen, Schleifen, Feilen und Meißeln, so finden wir bei allen, daß durch den Angriff des Werkzeuges, welches es auch immer sei, Späne von der Oberfläche gelöst werden, daß also der Zusammenhang des Baustoffes an dieser Stelle zerstört wird. Die Festigkeitsberechnung der Werkstücke erfolgt nach den Gesichtspunkten, daß die gefährlichen Querschnitte auch nach der Bearbeitung die geforderte Widerstandsfähigkeit besitzen, daß also die Menge Baustoff, die durch Bearbeitung notwendigweise abgenommen wird, vor der Bearbeitung bereits angegeben wurde. Je nach der Art der Bearbeitungsweise ist diese Zugabe verschieden, da die einzelnen Werkzeuge verschiedene große Späne abnehmen, so nimmt der Schruppstahl große Späne, die Schleifscheibe aber nur kleine Späne ab.

Stellen wir uns nun einmal eine gewöhnliche Erdbwelle vor, die aus gegossenem Eisen angefertigt wurde, so können wir ihren Querschnitt in verschiedene Zonen zerlegen, von denen die Mittelzone aus verhältnismäßig weichem Eisen besteht, während die Zonen nach dem äußeren Umfang hin immer härter werden. Es ist dies durch den Vorgang beim Ziehen bedingt und zeigt sich ganz deutlich, wenn wir auf die eine Seite der Welle eine Keilfläche fräsen. Dort, wo die Oberfläche nicht verletzt wurde, behält sie die Spannung, die durch das Ziehen in dieselbe gekommen ist. An der Stelle aber, wo durch das Anfräsen der Fläche die unter dieser Spannung liegenden Baustoffteile weggenommen wurden, ist die Oberfläche entspannt, so daß als Folge davon eine Verziehung der Welle auftritt. Besonders heftig tritt dieses Verziehen bei langen Wellen in Erscheinung, auf denen an mehreren Stellen Keilflächen aufgefressen wurden. So ist es auch zu erklären, daß Wellen, die in der Werkstatt vollkommen rund liefen und bei denen erst auf Montage Keilflächen aufgefressen wurden, dann auf einmal schlagen und nachgerichtet werden müssen, wenn dies überhaupt möglich ist. Noch gefährlicher ist das Einfräsen von Keilnuten. Nicht allein, daß hierbei die Oberfläche verletzt wird, hier geht die Verletzung noch tiefer und schwächt den Querschnitt noch weit mehr als bei Flächen. Die Folge ist, daß hierdurch noch mehr eher Verziehungen eintreten können. Aus diesem Grunde wird jetzt, besonders im Autobau, der gehobelten Keilwelle das Wort geredet. Diese aus dem Vollen herausgearbeitete Welle verliert die Oberflächenspannung dadurch am ganzen Umfang, daß eben der ganze Umfang der Bearbeitung unterliegt. Außerdem tritt keine Schwächung des Querschnittes ein, denn der Keil ist nicht in einer Nute, die aus dem Stoff herausgearbeitet ist, sondern ist in ungestörtem Zusammenhang mit dem gesamten Stoff.

Weitere Oberflächenverletzungen können eintreten durch Verbrennen, zum Beispiel beim Härten. Ganz abgesehen von tiefgehenden Härterissen, die durch Spannungen im gesamten Werkstück entstehen, kann durch Verbrennen die Oberfläche verätzt werden, daß ihr Zusammenhang gestört ist und das Gegenteil des gewollten Zieles erreicht wird. Überhaupt bilden gehärtete Oberflächen eine Gefahrquelle, die nicht unterschätzt werden darf. In den meisten Fällen werden verätzt behandelte Oberflächen nach dem Härten noch geschliffen. Hierbei muß besonders darauf geachtet werden, daß keinerlei scharfe Striche durch vorzügliche Bearbeitung, also Bearbeitung vor dem Härten, wie Feilen, Hobeln oder Meißeln, bestehen bleiben, und wenn sie noch so wenig erkennbar sind. Striche solcher Werkstücke zeigen immer, daß der Bruch an einer Stelle erfolgte, an welcher eine Verletzung durch solche feine Striche aufgetreten war. Aus diesem Grunde sind auch Überzüge, also von einer Geraden in eine andere, die im Winkel zu dieser liegt, immer in einer Hohlkehle auszuführen und nie scharf, da sonst das Werkstück unsehbar an dieser scharfen Stelle bricht.

Beim Schneiden ist besonders darauf zu achten, daß herartige Verletzungen vermieden werden. Sie können hierbei leicht durch falsches Aufsetzen auf scharfkantige Gegenstände, auf Amboskanten u. v. auftreten, in vielen Fällen gar nicht mit dem Auge erkennbar. Selbst bei weiterer Bearbeitung, wenn man meint, die entstandenen Risse seien mit herausgearbeitet worden, treten sie noch unliebsam in Erscheinung und geben zu Brüchen Anlaß.

Bei Gußstücken können wir ähnliche Erscheinungen beobachten. Auch hier wird die Oberfläche durch eine härtere Kruste gebildet, als der Stoff, das Gußeisen oder Messingguß, Aluminiumguß u. v. selbst ist. Wird diese Oberfläche nur an einigen Stellen entfernt und nicht überall, so treten Spannungen auf, die zu Verzieher und zu Bruch Anlaß geben können. Aus diesem Grunde muß bei der Konstruktion solcher Teile bereits darauf Rücksicht genommen werden. Auch das Schneiden von Gewinden stellt eine Oberflächenverletzung dar, und der Bruch der Schraube erfolgt immer an der Stelle des Gewindes, wo der Gewindgrund scharfkantig ist. Deshalb sind die Gewindgänge sowohl an der Spitze wie am Grund abgerundet, damit ein Übergang zwischen den Flanken geschaffen wird und an diesen Stellen kein scharfer Winkel entsteht. Besonders gefährlich sind deshalb flachgängige Gewinde, bei denen die Gänge scharf auf dem Kern aufliegen.

Betrachten wir nun einmal die Folgen, die aus solchen Verletzungen entstehen können. Oben haben wir bereits gefunden, daß Verziehungen auftreten. Die Folge solcher bei Wellen ist ein Schlagen, das soweit führen kann, daß sie unbrauchbar werden. Aber diese Verziehungen können noch nachteiliger wirken, so zum Beispiel bei den Betten der verschiedenen Bearbeitungsmaschinen wie Drehbänke, Hobelmaschinen, Schleifmaschinen u. v. Diese werden wohl mit Zugabe für die Bearbeitung gegossen, aber durch das Abnehmen der Bearbeitung an den Führungen wird an diesen Stellen die Oberfläche verletzt, die dort vorhandene Spannung löst sich und das Bett verzieht sich. Die Folge hiervon ist ein langandauerndes Nacharbeiten der Führungen, bis sie wieder die gerade Fläche aufweisen. Da die Verziehungen besonders bei langen Maschinenbetten sehr erheblich sein können, so kann man sich vorstellen, welche Nachteile es bringt, wenn auf diese nicht von vornherein Rücksicht genommen wurde. Daß hierbei noch andere Verhältnisse eine Rolle spielen, zum Beispiel ungleichmäßige Erwärmung der zu bearbeitenden Flächen durch den Angriff des Werkzeuges und damit verbunden ungleichmäßige Ausdehnung der verschiedenen Schichten des Werkstoffes, führt natürlich dazu, daß außer der Rücksicht auf Oberflächenverletzung noch andere Rücksichten genommen werden müssen.

Welche Schäden aus Brüchen entstehen können, daß hierbei selbst Menschenleben in Gefahr sind, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Um so gefährlicher wird die Sache, als bei solchen Brüchen, die durch Oberflächenverletzung entstehen, diese erst nach längerer Zeit in Erscheinung treten und man die Gefahrenstellen vorher nicht erkennen kann. Bei gehärteten Teilen erfolgt der Bruch dann plötzlich, nicht wie bei elastischen Teilen allmählich.

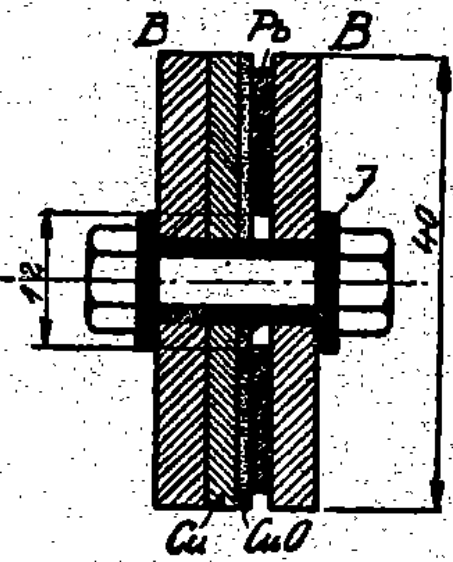
Am besten erkennt man diese Verhältnisse, wenn man einen Glasstab oder ein Glasrohr mit einer ganz feinen Feile ansieht oder auch mit dem Diamanten ritzt. Das Ritzen dem Glas widerstehende Glas bricht bei geringer Beanspruchung an diesem feinen

Ritz, gleichgültig, ob dieser gerade geführt wurde oder im Kreisbogen. Selbst viele Gläser brechen, lediglich weil ihre Oberfläche durch den Diamanten geritzt wurde. Beim Metall tritt dies nicht so augenscheinlich zutage, aber je härter die Oberfläche ist, desto leichter erfolgt der Bruch.

Diese Gefahrquellen kann nun jeder vermeiden, wenn er gewissenhaft darauf achtet, daß die Oberflächen keinerlei derartige Verletzungen aufweisen. Er muß sich dabei immer die Folgen vor Augen halten, besonders, daß er eben tatsächlich das Leben seiner Mitarbeiter gefährden kann. Ein unbedachter Feilenstrich, eine zu tief gedrehte Nute oder ein falsch sitzender Meißelstich kann die Ursache sein, daß im Betrieb ein Maschinenteil „explodiert“.

Ein neuer Gleichrichter

Man braucht gelegentlich Gleichstrom, zum Beispiel zum Laden von Akkumulatoren für Rundfunkgerät, Autobatterien usw. Da die Leitungsmenge in Stadt und Land aber fast ausschließlich Wechselstrom führen, ist man auf Gleichrichter angewiesen, die natürlich so billig und so einfach wie möglich sein müssen. Neben den Vakuumgleichrichtern — Aggregaten und Uniformern — sind die Pendel- und Röhren-Gleichrichter in Gebrauch; außerdem bedient man sich gewöhnlich noch der elektromechanischen Gleichrichter, die allerdings den Nachteil haben, daß Chemikalien in ihnen verbraucht und ersetzt werden müssen.



Der neue Kupferoxyd-Gleichrichter zeichnet sich dadurch aus, daß er weder Röhren, noch bewegliche Teile, noch Chemikalien benötigt. Er besteht einfach aus einigen Blechen, die miteinander verschraubt werden. Die Hauptsache ist ein rechtwinkliges oder freisundes Kupferblech (in der Abb. mit Cu bezeichnet), dessen eine Seite über der Gasflamme oxydiert wird. Dadurch entsteht eine Schicht von Kupferoxyd (CuO), auf die man eine Bleiplatte deckt, die jedoch etwas kleiner als das Kupferblech zu schneiden ist. Beide Bleche werden zwischen zwei stärkeren Blechen (BB) aus Eisen oder Kupfer mittels einer Schraube zusammengedrückt. Für die Isolierung der Schraube sorgen eine Dichtung und zwei Unterlegscheiben (JJ) aus irgend einem Isolierstoff. Damit ist der Gleichrichter fertig. Die Anschlußbrüche kann man an die Bleche BB anlöten oder lötlagen.

Schickt man Wechselstrom durch den Gleichrichter, so fließt er nur in der Richtung vom Kupferoxyd zum Kupfer, wird also gleichgerichtet. Die günstigste Wirkung erzielt man bei 2 Volt Spannung. Für höhere Spannungen müssen mehrere Gleichrichter hintereinander geschaltet werden. Ein aus vier solchen Elementen bestehender Gleichrichter arbeitet bei 6 bis 8 Volt am besten, eignet sich also vorzüglich für das Laden von Rundfunkbatterien. S.

Betriebsgeheimnisse

Es soll Betriebe geben, die der Überzeugung sind, ohne Betriebsgeheimnisse nicht arbeiten zu können, und es soll Betriebsinhaber und Leiter geben, die ihre ganze Sorge daran verschwenden, alte Geheimnisse mit allen Mitteln als solche zu wahren und neue zu schaffen. Damit glauben sie die Wettbewerber überflügeln zu können. Für diese Leute sollte man ein ehliches Bedauern haben. Sie glauben, für sich und ihre auch so kleinlichen „geschäftlichen Belange“ besonders Hervorragendes zu leisten und übersehen dabei ganz, daß sie sich durch ihr engstirniges Verhalten nur Schaden zufügen und sich immer weiter von dem entfernen, was sie erstreben. Ich bekenne mich als grundsätzlichen Gegner jeder Art von Geheimnisträumerei, die sich leider allzuoft in unseren Betriebsstätten breit macht, und ich bin der Ansicht, daß sich kein Betrieb hemmungslos entwickeln kann, der nur darauf aus ist, sich mit Betriebsgeheimnissen zu umgeben und noch Geheimverfahren zu probieren. Aber, werden viele einwenden, das wäre ja noch schöner, daß ich meine oft mühselig und kostspielig erworbenen Kenntnisse ohne weiteres der Allgemeinheit oder, was noch schlimmer ist, dem Wettbewerber überließe! Wo kämen wir da hin? Die anderen tun ja auch nicht, warum soll ich mit denn allzu tief in die Karten gucken lassen? — Nein, ich halte meine Fabrikationsverfahren geheim und ich suche herauszubekommen, wie und mit welchen Mitteln meine Wettbewerber arbeiten, um auch diese noch in meinem Betriebe zur Anwendung zu bringen. — Diesen Standpunkt hört man so häufig, und es gibt nicht, was sich leichter widerlegen ließe.

Zunächst ist es wohl in vielen Fällen richtig, daß man schwierige Fabrikationsprobleme nur durch langwierige, teure Versuche lösen kann. Natürlich wird ein Dritter wohl gern Anteil an dem fertigen Ergebnis haben wollen, nicht aber an den Kosten, die erst zur Lösung führten. Der springende Punkt dabei ist aber, daß die Firma, die ein besonders einfaches und wirtschaftliches Arbeitsverfahren gefunden hat, es auch versteht, dieses nutzbringend zu vermarkten. Kann sie das nicht, so verdient sie, daß ihre tüchtigeren Wettbewerber sie mit ihrem eigenen Verfahren schlagen. Gelegt den Fall, ein Industriezweig fertigt seit Jahrzehnten einen Massenartikel auf einer bestimmten Maschine von K-Leistung. Nach jahrelangen Versuchen glückt es der Firma, eine Maschine von, sagen wir, 100 mal K-Leistung zu bauen. Unglücklicherweise ist es eine Firma vom alten Schlage, die also aus dieser Sache ein Betriebsgeheimnis macht, es als solches ausdrücklich bezeichnet und nur erleben muß, daß erstens eine andere Firma sich dieses Verfahrens bedient und zweitens die richtige Anwendung daraus zieht, nämlich den Konkurrenzartikel um die Kosten der Arbeitsparität im Preise herabzusetzen. Die Folgen sind selbstverständlich große Aufträge und bei gewandter Kundenbearbeitung wachsender Kundenkreis, der es sich allerdings wohl überlegt, ob er auch dann zur Konkurrenz übergeht, wenn diese endlich ebenso gut und billig liefert. Also auch hier wieder: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! Und wer sich um die Konkurrenz nicht kümmert, keine Geheimnisträumerei betreibt und jede geschäftliche Möglichkeit schnell und geschickt auszunutzen versteht, wird gut dabei fahren.

Es wäre natürlich zuviel verlangt, wenn diese Gedankenansätze, die so manchem nicht genehm sein werden, auch von den rücksichtsvollsten Unternehmern — und die gibt es eine schwere Menge — verstanden und gewürdigt werden könnten. Es wäre auch schon viel erreicht, wenn wenigstens einige, von diesen Ausführungen angegert, zum Nachdenken veranlaßt werden und auch in der Frage der sogenannten Betriebsgeheimnisse mit alten, längst überholten Anschauungen brechen würden. Auch in dieser Beziehung sind uns die Amerikaner weit voraus. Das ergibt sich, wenn man nachstehende Auslassungen eines Automobilfachmannes über Betriebsgeheimnisse vom Standpunkt des Amerikaners hört. Der betreffende Herr schreibt in einem amerikanischen Briefe:

Man kennt hier anscheinend den Begriff des „Geschäftsgeheimnisses“, diesen viel mißbrauchten nicht. Vielleicht sieht man drüben in diesen Dingen auch wirklich ein bißchen weiter als bei uns, wo jeder eher bestrebt ist, das, was er als sein geistiges Eigentum betrachtet, vor den Augen des Wettbewerbers anständig zu verbergen. Der Konkurrenzkampf ist in den Vereinigten Staaten sicherlich härter und rücksichtsloser als bei uns. Aber er wirkt sich in anderer Richtung aus. Der Industrielle sieht im Wettbewerber nicht nur den geschäftlichen Gegner, mit dem er um ein Abzugsfeld kämpft, er sieht in ihm doch eben auch und vielleicht vorher den in der Arbeitsgemeinschaft des gleichen Wirtschaftszweiges stehenden. Ein beachtenswertes Beispiel: Die National Automobile Chamber of Commerce, das ist die Vertretung der amerikanischen Automobilindustrie, bucht in ihrer Patentabteilung nicht nur sämtliche einschlägige Patentschriften, sie übermittelt sie auf Grund eines seit zehn Jahren bestehenden Abkommens, das jetzt gerade auf zehn weitere Jahre erneuert wurde, auch sämtlichen angeschlossenen Fabriken, und gegen Zahlung einer Gebühr an den Patentrechner hat jede von ihnen das Recht, jedes Patent zu benutzen. Im eng gesehenen, nur im augenblicklichen Vorteil des einzelnen liegt das nicht, wohl aber im Gesamtinteresse der Kraftverkehrsindustrie, die dadurch ihr Produkt hochzüchtet.

Ich glaube, daß es nur sehr wenige Betriebe in Deutschland gibt, die in dieser Hinsicht ebenso großzügig sein können. Und Henry Ford, den man wohl in Geschäfts- und Betriebsangelegenheiten als Fachmann betrachten kann, sagt folgendes und schließt damit den Begriff des Geschäftsgeheimnisses mit ein: „Du sollst die Konkurrenz nicht beachten! Wer eine Sache am besten macht, der soll sie verrichten. Der Versuch, jemandem Geschäfte abzuliegen, ist verwerflich, da man dadurch aus Gewinnlust die Lebensverhältnisse seiner Mitmenschen zu brüden und die Herrschaft der Gewalt an Stelle der Klugheit zu setzen versucht.“

Und aus eigenem soll diese Abhandlung geschlossen werden: „Du sollst keine Betriebsgeheimnisse haben! Wenn dir etwas an der Fortentwicklung deines Gewerbes, deines Industriezweiges, deines Geschäftes liegt, so gib deinen Fachkollegen Anregungen aus deiner Praxis und deinem Betriebe. Sei stets auf der Suche nach neueren, besseren, einfacheren und wirtschaftlicheren Fabrikationsweisen. Hänge nie an Althergebrachtem. Die gute, alte Zeit ist heute nicht mehr erstrebenswert! Ein Betrieb, ein zeitgemäßes Geschäft ipseit durch die Wurzeln seiner Kraft den Baum der Gegenwart.“

Elektrisch betriebene Schreibmaschinen

„Alles elektrisch“ ist der Wahlspruch der heutigen Technik. Nun gelangen auch elektrische oder, um die neue Verbeugung des Wortes anzuwenden, „berstromte“ Schreibmaschinen zur Einführung. Der Maschinenliebhaber, der seit Jahrzehnten mit aller Kraft seiner Finger klopft, steht staunend vor einer Maschine, die nur noch schwebend leichtes Anspielen der Tasten erfordert; das eigentliche Anrücken der Typen besorgen keine elektrische Relais (Elektromagneten), die bei leichtester Berührung der Tasten vom elektrischen Strom erregt werden. Der Schreiber ermüdet bei dieser Tätigkeit nicht im geringsten, er bleibt bis zum Schluß der Arbeit frisch und kann ganz wesentlich schneller arbeiten. Dazu kommt, daß jede Ungleichheit des Anschlages und damit der Schrift automatisch ausgeglichen wird. Schlägt der Schreiber beispielsweise einmal stärker und dann wieder schwächer auf die Tasten, so prägt sich dies keinesfalls in Schriftbild aus, denn die Tasten dienen ja nur zum Steuern des Magneten-erregenden Stromes. Ist ein besonders starker Anschlag erwünscht, um zahlreiche Durchschläge zu erzielen, so genügt die leichte Berührung eines seitlich an der Maschine angeordneten Druckknopfes. Wie Messungen ergeben haben, braucht man bei der elektrischen Maschine, die mittels eines Stöpsels am Leitungsnetz anzuschließen ist, nur noch etwa ein Viertel der bisher zum Niederdrücken benötigten Kraft, und die Zeit, die für diese Tätigkeit erforderlich wird, beträgt nur noch eine Zehntelsekunde, im Gegensatz zur handbedienten Maschine, die 1/3 Sekunden benötigt. Bei der elektrischen Schreibmaschine bleibt übrigens die Verwendung elektrischer Kraft nicht allein auf das Anschlagen der Tasten beschränkt, vielmehr dient sie auch dazu, die Umfah- und die Zwischenraumtaste zu betätigen und den Wagen zurückzuführen, kurz der ganze Arbeitsgang wird von Grund aus elektrisch erledigt, die Hand des Schreibenden wird überhaupt nur noch zum Anspielen der Tasten und zur Voreinstellung und -auspannung benutzt. Was den Stromverbrauch der elektrischen Schreibmaschine anlangt, so beträgt er nur einige Pfennige täglich.

Beschleunigung des Pflanzenwachstums durch elektrisches Licht

Man hat schon oft die Frage aufgeworfen, ob nicht eines Tages der Weltbedarf an Nahrungsmitteln größer sein wird als die verfügbaren Mengen. So zeigt zum Beispiel der Statistik der Vereinigten Staaten, daß die Bevölkerung rascher ansteigt als die landwirtschaftliche Erzeugung und daß, falls die Zunahme der Bevölkerung sich nicht verlangsamt, in etwa 15 Jahren bereits Bedarf und Angebot sich die Waage halten werden. Als einzige Lösung des Problems bleibt die bessere Ausnutzung des landwirtschaftlichen Bodens und in der Tat geht man in einigen Ländern heute schon dazu über, in großem Maßstabe künstliche Düngemittel herzustellen und zu verwenden, um die Ernten auf die notwendige Höhe zu bringen. Wie nun Versuche der Westinghouse-Lampengesellschaft ergeben haben, ist auch das künstliche Licht dazu angetan, in dieser Frage eine bemerkenswerte Rolle zu spielen. Es konnte festgestellt werden, daß durch geeignete Anwendung künstlichen Lichtes die Wachstumsgeschwindigkeit von Blumen und Gemüsen sich geradezu verdoppeln läßt, und zwar in durchaus wirtschaftlicher Weise. Die Pflanzen nehmen den erforderlichen Kohlenstoff aus der kohlenstoffhaltigen Atmosphäre nur unter dem anregenden Einfluß des Lichtes auf; je länger sie also dieses Licht erhalten, um so schneller wachsen sie. Natürlich haben die Pflanzen, wie überhaupt alle Lebewesen, auch Ruhe nötig und es darf daher das künstliche Licht nur während einiger Stunden der Nacht angewendet werden. Von besonderem Nutzen scheint das Verfahren für Blumenzüchter zu sein, die die unangenehme Wirkung schlechten Wetters gerade dann ausgleichen können, wenn es sich für sie darum handelt, die Blumen zum Verkauf bereit zu haben, wie zum Beispiel zu Weihnachten oder Ostern. Es zeigte sich, daß 500, 750 und 1000 Wattlampen, mit geeigneten, verstellbaren Reflektoren versehen, am günstigsten sind. Es empfiehlt sich, die Lampen etwa um 9 oder 10 Uhr abends anzuschalten und bis 2 oder 3 Uhr brennen zu lassen, was durch selbsttätige Schaltvorrichtungen bewerkstelligt werden kann. Zur Zeit des Sprösses der jungen Pflänzchen kann die Belichtungsdauer bei häufigem Begießen verlängert werden.

Jeder Arbeiter soll Schutz suchen!

Gegen die Ausbeutung seiner Arbeitskraft bei der Gewerblichkeit.
Gegen die Ausbeutung seiner Kaufkraft bei der Konsumgenossenschaft.
Gegen die Ausbeutung seiner Unwissenheit bei seiner Fachpresse.



Familie und Heim



Überschuß von 1740000 Frauen

Bei der letzten Berufszählung im Jahre 1925 wurden 11 477 648 erwerbstätige Frauen gezählt gegenüber 20 581 155 erwerbstätigen Männern bei einer Gesamtbevölkerung von 62 1/2 Millionen. In den wichtigsten Industriezweigen, in der Metall- und in der chemischen Industrie hat sich die Zahl der darin beschäftigten Frauen seit dem Jahre 1907 verdreifacht. In der Metallindustrie waren 385 000, in der chemischen Industrie 78 000 Frauen beschäftigt. Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, daß die Berufsarbeit der Frau aus der Wirtschaft nicht mehr wegzudenken ist und weitere Steigerung erfahren wird.

Die Zahl der durch die freien Gewerkschaften erfaßten Frauen steht in keinem befriedigenden Verhältnis zur Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen. Wenn man schon mit Bedauern feststellen muß, daß ein Teil der arbeitenden Männer die Notwendigkeit einer straffen gewerkschaftlichen Organisation noch nicht begriffen hat, so trifft das um so mehr auf die arbeitenden Frauen und Mädchen zu. Die Arbeiterinnen brauchen aber besonders deshalb einen starken gewerkschaftlichen Rückhalt, weil gerade ihnen noch viel schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne als den Männern zugemutet werden. Hinzu kommen noch andere erschwerende Umstände, die sich aus der Verbindung von Mutterchaft und Beruf ergeben. Wir haben heute noch einen unzureichenden Mutter- und Säuglingschutz, obgleich durch stärkeren Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung manche Härten beseitigt und manche Verbesserungen durchgesetzt worden sind. Es bedurfte schwerer Kämpfe zwischen den Vertretern des arbeitenden Volkes und den Unternehmerparteien im Reichstag, um für die schwangere Industriearbeiterin einen gesetzlichen Urlaub von 6 Wochen vor und nach der Geburt zu sichern.

Es muß noch viel mehr durchgesetzt werden. Vor allem die Anerkennung der Mutterchaft als gesellschaftlich wichtig, damit neben ausreichendem Urlaub auch die nötigen Geldmittel den werdenden Müttern aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Zur Pflege und Erhaltung der werdenden Menschen fehlt es sehr an gut eingerichteten Säuglingsheimen, Kindergärten und Horten. Um den Mangel zu beseitigen, muß der proletarische Einfluß in den Gemeinden und Parlamenten gestärkt werden. Nur dann wird es möglich sein, die oftmals unentgeltlich harten Bedingungen, unter denen Arbeiterkinder, vor allem aber uneheliche Kinder aufzuwachsen, zu mildern und zu überwinden. Während arbeitende Mütter leiden unter der bange Sorge um ihre Kinder, um die sie sich im harten Daseinskampf nicht so bemühen können, wie es ihr innerer Drang ist. Das alles untergräbt frühzeitig die Gesundheit der arbeitenden Frau.

Die freien Gewerkschaften haben diesen wichtigen Fragen immer größte Aufmerksamkeit geschenkt. Aus ihren Erfahrungen heraus bereiten sie immer die Arbeiterinnenvereine vor, indem sie den sozialistischen Vertretern im Parlament das entsprechende Material für Antträge auf Verbesserung der Lage der erwerbstätigen Frauen zur Verfügung stellen. Aber diese notwendige soziale Reformarbeit muß von den Frauen in weit härterer Weise unterstützt werden. Es gilt den erwerbstätigen Frauen die Augen zu öffnen, in ihnen den Willen zu wecken, Kampferfahrungen für eine bessere Zukunft zu sein.

Ein wichtiger Grund für das Abwärtstreten vieler Arbeiterinnen, für die Schwermüdigkeit ihrer organisierten Ersassung liegt darin, daß ein großer Teil der Frauen die Erwerbsarbeit noch als einen vorübergehenden Zustand ansieht und die Ehe als den „rettenden Hafen“ betrachtet. Unerfahrene Auffassungen sind bei ihnen noch so stark, daß sie die wirtschaftlichen Tatsachen nicht zu erkennen vermögen. Durch den furchtbaren Krieg, in dem viele Männer hingerichtet wurden, ist die Zahl der im heimatlichen Alter stehenden Männer stark vermindert worden. Im Jahre 1917 wurde bei der Bevölkerung im Alter von 20 bis 45 Jahren ein Überschuß von 1 000 Männern festgestellt. Die Zählung von 1925 ergab einen Überschuß von 1 740 000 Frauen. Das heißt auf 1000 Männer im Alter von 20 bis 45 Jahren kommen 1160 Frauen. Die bevorstehende nach dem Kriege anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie unzureichende Entlohnung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. bewirken, daß viele junge Männer zum Eingehen einer Ehe keine Neigung verspüren. Im Jahre 1925 zählte man daher 5 500 000 unverheiratete Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren. Im gleichen Alter waren also nur 1000 Frauen verheiratet. Es ist wohl selbstverständlich, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ehe die Frau von der Erwerbsarbeit nicht immer befreien kann. Überaus groß ist die Zahl der verheirateten Frauen in den Betrieben, weil sie zum Überdasein gezwungen sind und nicht deswegen, weil sie, wie ein holländischer Professor einmal geäußert hat: „zu Hause zu wenig Unterhaltung haben“.

In diesen Zusammenhängen muß ausgesprochen werden, daß die Gewinnung weiblicher Mitglieder für den Verband ganz besonders gefördert werden kann durch ein kameradschaftliches Verhalten der organisierten Kollegen in den Betrieben. Es gilt leider noch Geschwätzler, die ihre Kolleginnen nicht als gleichberechtigt ansehen.

Wichtig ist auch, daß in weitestem Maße die organisierten weiblichen Mitglieder gefördert werden. Die allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen sind in den meisten Fällen nur schwach bei den Kolleginnen besetzt. Kameradschaftliche Besprechungen sind für Frauen und Mädchen nicht gerade anzusehen. Es kommt noch hinzu, daß die Kolleginnen für die vielfach auf die männlichen Kollegen eingehenden Beiträge wenig Verständnis haben. Man muß deshalb allerorts versuchen, neben den allgemeinen Besprechungen Frauenversammlungen zu treffen, wo den Arbeiterinnen der Zusammenhang zwischen Beruf und Gewerkschaft klargestellt wird.

Die organisierten Arbeiter müssen erkennen, daß für die Gewinnung ihrer weiblichen Kollegen es durchaus nicht genügt ist, ob die erwerbstätigen Frauen und Mädchen offiziell schon oder nicht sind, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Flora Frank

Arbeitersport und Frauen

Der große Aufschwung, den der Arbeitersport in den letzten Jahren genommen hat, kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß noch ein großer Teil der sozialistischen Mädchen und Frauen für die mannigfaltigen Aufgaben des Arbeitersports erst gewonnen werden muß; noch ist der Gedanke nicht Allgemeinerkenntnis der sozialistischen Frauenwelt geworden, daß das Hauptbestreben des Arbeitersports, den menschlichen Körper frei und schön zu machen, in erster Linie auch für sie Geltung hat. Jahrzehntlang war der Sport nur eine Angelegenheit für die „reichen Leute“, weil dem Proletariat und den Kindern für die Sportbetätigung vor allem Zeit und Geld fehlten. Diese Zeiten sind heute endgültig vorbei und nichts steht der weiblichen arbeitenden Jugend entgegen, es in der sportlichen Betätigung den männlichen Genossen gleichzutun.

Ein gejunger, sportfähiger Körper stellt für die berufstätige Frau eine Lebensnotwendigkeit dar. Wer sieht nicht täglich die vielen blutarmen Mädchen, die Tag für Tag im schweren Berufskampf stehen! Da gibt es Frauen und Mütter mit mageren oder übermäßig verferteten Leibern, die schon mit 40 Jahren wie Greisinnen wirken. Die Verkäuferinnen sind gezwungen, von morgens bis abends zu stehen; geschwollene Beine und Blattsüße sind die unausbleiblichen Folgen dieser Tortur und die Anfänge zu Krampfadernbildung und Senkfuß künden sich an. Mit gebeugtem Rücken sitzt die Fabrikarbeiterin am fließenden Band; schlechte Luft beengt ihre Brust und legt den Keim für spätere oft vererbliche Krankheiten. Es bedarf angesichts dieser dauernden Schädigungen des ganzen weiblichen Körpers keines Beweises mehr, wie notwendig gerade für diese weiblichen Berufstätigen die Sportbetätigung in freier Luft ist.

Aber auch die proletarischen Hausfrauen haben einen Ausgleichsport dringend nötig; auch ihnen fängt die oft aufreibende Hausarbeit körperliche Schädigungen zu. Wohl bewegt die Hausfrau bei ihrer täglichen Arbeit den Körper, aber sie „behercht“ ihn nicht. Allerdings muß vielfach erst eine vernünftige „Rationalisierung“ der Hauswirtschaft den Frauen die erforderliche Freizeit für eine sportliche Kräftigung ihres Körpers verschaffen. Was die Hausfrau an Zeit und Mühen für eine solche Körperpflege hergibt, gewinnt sie an Gesundheit und Lebensfreude wieder, und die Frau und Mutter, die im Kreise gleichgestimmter Kameradinnen ihren Körper stärkt und elastisch erhält, wird ihren Kindern eine viel frohere Mutter, ihrem Mann eine weit bessere Kameradin sein können, als die Frau, die aus dem ewigen Einerlei der täglichen Hausarbeit überhaupt nicht herauskommt. Die Hauptvorteile des Sports der Frau liegen aber auf gesundheitslichem Gebiete. Ein sportfähiger Körper vermag viel leichter und gesicherter Geburten zu überleben. Von besonders kräftigendem Einfluß sind auch die körperlichen Übungen auf die Gebärorgane der Frau. Es sei hier nur erinnert an den Ausspruch eines bekannten Sportarztes, der die kräftigende Wirkung des Schwimmsports auf die weiblichen Unterleibsorgane in die Worte zusammenfaßt, daß jeder Schwimmstoß eine Wehe erzeuge.

Nichts ist nun verfehlter als der Einwand vieler Frauen, daß sie sich für eine solche sportliche Betätigung „zu alt“ fühlen. Hier sollte ihnen das Beispiel bürgerlicher Frauen Vorbild sein, die längst begriffen haben, daß es für sie kein „zu alt“ mehr geben darf und die die größten Anstrengungen machen, sich bis ins Alter jung und frisch zu erhalten. Dabei spielt bei diesen bürgerlichen Frauen nicht einmal die Erwägung eine Rolle, daß es sich bei der sportlichen Betätigung um eine „Mode“ handelt; sie haben vielmehr mit Recht erkannt, wie sehr es gerade für die berufstätige Frau darauf ankommt, ihren Körper möglichst lange frisch und jung zu erhalten, um in dem Kampf um den Arbeitsplatz nicht zu früh auscheiden zu müssen.

Von den verschiedenen Sportarten kommt für die Frau in erster Linie das Schwimmen der Amerikaner in Frage. Ein großer Teil der Arbeiterinnen und Sportbegeisterte hat diese Übungen, die von der bürgerlichen Welt als „Sport“ und „Spiel“ betrachtet werden, in das Frauenturnprogramm aufgenommen; in verschiedenen Städten sind von den Arbeiterorganisationen auch bereits eigene Schwimmgruppen ins Leben gerufen worden, die sich außerordentlich gut bewahrt haben. Es muß aber in dieser Beziehung weit mehr als bisher geübt werden, wenn die Mädchen und Frauen der Arbeitswelt einen wirklich neuen Reizgenuss entgegengebracht werden sollen.

Ein Märchen

Von H. Krausnick

Es war einmal ein schöner, großer Dampfer, auf dem machte eine vergnügte, sorglose Gesellschaft eine Vergnügungstour. Alle saßen sich wohl an Bord. Das Schiff war stark und fest, selbst bei heftigstem Wetter hielt es sich gut in der See, so daß die Passagiere nicht erschrocken wurden. Die Verpflegung war ausgezeichnet und reichlich, die Betten vorzüglich, man konnte die Zeit verfliegen, so lange man wollte, ganz bequem und ohne Sorgen. Für Vergnügen war reichlich Gelegenheit, Tanz, Spiel, Musik.

Und vor allem: Der Kapitän! Das war mal so recht ein Mann, wie man ihn sich gewünscht hätte. Wie er so als der Held in den Szenen spielte, um denen man sich als Junge begeistert hatte. Wilhelm hieß er mit dem Vornamen, und er war so beliebt, daß man ihn immer mit dem Vornamen nannte. Wenn er so in stolzer Haltung an Deck stand, in seiner goldgeprägten Uniform, in der die Sterne des Hais und in der Rechten das Sprachrohr, und seine schmeichelhaften Worte über das Schiff hinausbrachte, daß alles an Bord — da war das ganze Schiff stolz auf ihn, und namentlich die Herzen der Damen schlugen ihm zu.

Aber der Kapitän, so imponierend er auch wirkte, er verstand kein Handwerk. In stürmischen Wetter sah er sein Schiff auf einem Felsen, wo es nur in höchster Gefahr festhalten konnte. Die letzte Befehlsgebung des Schiffes über 4 Stunden lang gegen die wilden Naturkräfte, vergebens. Endlich zerbrach das Schiff und verlor. Der Kapitän rief sich auf den höchsten Felsen, als er sich verlor, er sah das Schiff, das Schiff, und Passagiere waren nicht so glücklich. Sie rangen mit dem Felsen. Und da nach alter guter Tradition die Mannschaft dafür sorgte, daß die Passagiere zuerst in die Boote kamen, wurden alle Kräfteben gerichtet, während mancher tapferer Seemann den Schicksal sterben mußte.

Da kam ein heftiges Gegenstück, und es nahm die Schiffbrüchigen, die in Booten oder im Wasser trieben, auf, um sie aus ihrer Not zu bringen. Das Schiff war nicht so groß und so gut ausgerüstet wie der Dampfer, man mußte sich sehr einschränken, auch war der Proviant knapp, so daß er rationiert werden mußte. Der Kapitän blieb zurück, es lag ihm schwer, und da die Seelen noch sehr erregt und aufgeregt in stark gelichter waren, so blieb nichts anderes übrig, auch die Reisenden mußten, gelegentlich bewacht, mit Hand anlegen bei der Bedienung der Segel.

Da kamen sie aber unendlich und mürrisch. „Und wir denn dazu eingeschleppt? Wir wollten doch eine Vergnügungstour machen, und nun sollen wir arbeiten! Wie war es doch früher besser! Da haben wir alle: Essen, Trinken, Spielen, Vergnügen. Niemand hat uns in unsere jatten Beträge belästigt; besonders aber: der neue Kapitän! Er wollte ein chelischer Herr sein, wie er aussieht, keine Spur von menschlicher Haltung, wie ein Arbeiter fast. Wenn man bei dem alten Kapitän den Willen, wie wir ihn kennen

durften, ja, das war doch ganz etwas anderes! Sein stolzer Stiefeln: schneidiger Bart. Und er verstand alles doch auch viel besser. War es nicht besser und bequemer eingerichtet? Sag es nicht selbst und ruhig in der See, selbst bei schlechtem Wetter, während wir hier alle Augenblicke seefrank werden? Würde man dort arbeiten, wie es hier unbeschäftigterweise immer wieder von uns verlangt wird, obgleich wir doch, Gott sei Dank, keine Arbeiter sind? Wir müßten ihn wiederholen, unsern alten Kapitän Wilhelm, der dort so einsam und verlassen auf seinem Felsen sitzt und sich nach uns sehnt, wie wir nach ihm...“

So sprachen die Reisenden. Als dies die Matrosen, die gerettet waren, hörten, murrtten auch sie gegen den neuen Kapitän. „Warum hast du denen da das Leben gerettet? Du siehst, wie sie es dir danken. Mitarbeiten wollen sie nicht, aber das Brot essen sie uns weg, das ohnehin so knapp ist. Wirf sie über Bord, dann sind wir sie endlich los. Hast du Mitleid mit ihnen? Sie haben es nicht verdient.“

Es ist ja nur ein Märchen, das steht ja jeder. Es ist ja ganz unwahrscheinlich. Solche Menschen wie die Reisenden, die ihren Lebensretter verurteilen und den Kapitän zurückhaben wollen, der sie auf den Felsen geführt hat, solche Menschen kann es ja gar nicht geben. Oder? (Aus dem „Adern Deutschland“.)

Arbeiterinnen vor dem Arbeitsgericht

Wer Tag um Tag am Arbeitsgericht sitzt und die endlosen Klagen anhört, die da tausende von armen Leuten gegen ihre Ausbeuter führen, der ist insbesondere von weiblichen Klägern manches zu hören gewohnt, das er nicht glauben würde, wenn nicht gerade sie es sagten. Man erfährt so mit der Zeit, daß es betraue all das Unwürdige in der Behandlung von „Untergebenen“ noch gibt, von dem man heute meint, daß es nicht mehr vorkomme. Man hört, daß Dienstmädchen noch immer „gemietet“ werden; daß sie noch immer ohne besonderen Grund geschlagen, „Dure“, „Lugnerin“, „Faulenzerin“ und „Diebin“ genannt werden; daß sie noch immer ihren Dienstherrn die stinigen Füße zu waschen oder andere Arbeiten zu tun gezwungen sind, wenn sie es nicht vorziehen, ihre Stellung zu verlassen, um dann vielleicht mit einer noch schlechteren vorlieb nehmen zu müssen. Man hört am Arbeitsgericht, daß Freizeuten, die Arbeit finden wollen, einen festen Dubitops haben müssen, während es vorkommt, daß Verkäuferinnen oder einfache Arbeiterinnen, wenn sie sich einen Dubitops anschneiden lassen, entlassen werden.

Ein ganz besonderes Kapitel bilden die Haushälterinnen. Sie klagen oft. Meist verprügelt ihnen der Mann, dessen Haushalt sie führten, die Ehe. Die Folge war, sie taten die Arbeit umsonst, die sie vorher nur gegen Entlohnung verrichteten. Aber kurz oder lang ging es mit dem Eheverprechen in die Brüche. Nun will man seinen Lohn doch haben. Aber diese Klagen auf nachträgliche Auszahlung verdienten Lohnes haben beim Arbeitsgericht meist keinen oder nur geringen Erfolg. Es gibt in der Regel für den Monat 15 bis 20 A. Entschädigung. Manchmal im Vergleichswege noch weniger.

Das Folke von dem, was ich als Berichterstatter beim Arbeitsgericht gehört habe, ist aber, wie schändlich die Entlohnung für Arbeiterinnen ist. Diese Mädchen bekommen täglich für zwei Vorstellungen 1,50 A. und noch weniger. Das ergab sich aus der Klage einer Statistin gegen den Geschäftsmacher einer Revue. Die Statistin konnte wegen plötzlicher Erkrankung nicht mehr auftreten. Ihren Restlohn auszusahlen, weigerte man sich. Als Erwiderung auf die Klage schrieb der laubere Herr dem Arbeitsgericht, in solchen Fällen werde der Restlohn nie ausgezahlt, das sei so üblich. Er habe mehr gezahlt, als er zu zahlen brauche. An Revuestatistinnen würde für die Arbeit in der ersten Vorstellung 1 A. für die zweite Vorstellung nur 20 ct gezahlt. Vor Gericht erschien dieser Geschäftsmacher nicht. Es erging daher ein Verjahnungs Urteil.

Mädchen mit solch elender Entlohnung ist es natürlich nur möglich zu leben, wenn sie sich von unjener bürgerlichen Gesellschaft so verschriene „Arbeitsnagel“ verschaffen oder aber das Glück haben, am Tisch der Familie mitessen zu können. Und das können die meisten dieser Mädchen wohl nicht, weil es ihr Beruf verlangt, heute hier und morgen dort zu sein.

Frauen und Mädchen sind zu wenig gewerkschaftlich organisiert. Das ist eine alte Klage. Wegen des häufigen Stellungswechsels und der schlechten Verbindung untereinander mag es in einigen Frauenberufen schwer sein, wirksame Organisationen zu schaffen. Für die meisten Arbeiterinnen ist es leicht möglich, in eine Gewerkschaft einzutreten. Davon sollte unbedingt Gebrauch gemacht werden, um die Not zu mildern. Heinrich Häußgen.

Die Frau als Diplomatin

Die Konsularakademie in Wien, die auf das ehrwürdige Alter von 125 Jahren zurückblickt, hat den Damen ihre Pforten geöffnet und damit die Betätigung der Frauen in der hohen Schule der Diplomatie gutgeheißen. Wertwürdigerweise aber hat noch keine einzige Wienerin von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht; von den fünf Frauen, die unter ihren männlichen Kollegen sich vorbereiten, sind vier Österreicherinnen, nämlich zwei Russinnen, eine Polin, eine Tschechoslowakin und eine Engländerin. Diese Studentinnen sind von außerordentlichem Fleiß. Es ist ja auch keine Kleinigkeit, acht Sprachen zu beherrschen und den anderen diplomatischen Forderungen der Akademie gerecht zu werden. Es scheint, daß die „jüngste Diplomatin“ sich allmählich durchsetzen wird, ein Beruf, der bisher noch sehr wenig von den Frauen begehrt wurde, obgleich dem weiblichen Charakter doch seit alters her die „Diplomatie“ nachgesagt wird. Bis jetzt gab es außer der Russin Frau Kollontaï nur noch zwei Damen, die während in der Gesandtschaft tätig waren, nämlich eine weibliche Attache an der amerikanischen Gesandtschaft in Bern und eine Vizekonsul für Nordamerika in Amsterdam. Alle anderen, die mit irgendeiner Sondermission betraut, im Dienst auftraten, verschwanden wieder von der Bildfläche. Gerade in diesem Bereich erscheint auch das Problem Ehe besonders verwickelt. Zwei Gesandte können sich unmöglich heiraten, ein Gesandter kann zwar seinen Legationssekretär zum Mann führen, aber dieser kann nicht Angehöriger der Gesandtschaft bleiben. Der „Diplomatin“ also scheint die Ehe wirklich verjagt, und in keiner anderen Lebenslage wird so unbarbarisch die Frage gestellt: Heirat oder Beruf? Viel leichter ist aus diesem Grunde der Wunsch nach der Gesandtenlaufbahn noch so wenig rege.

Die Hälfte des Gewichts

Frau (in einem Telegramm aus Matienbad): „In vier Wochen habe ich um die Hälfte meines Gewichts abgenommen. Wie lange soll ich noch hier bleiben?“ Mann (telegraphiert): „Noch vier Wochen.“

Die richtige Farbe

Frau: „Ich muß mal eben rajch fortgehen, Hans, ich habe gerade den richtigen Stoff für ein neues Kleid bekommen, und —“ Mann: „Aber mein Lieblich, du solltest doch nicht an ein neues Kleid denken während ich krank bin.“ Frau: „Ach du dumme, lieber Hans! Es ist ja ein schwarzes Kleid, und darum wird es auf alle Fälle recht sein!“

Gewerkschaftskampf und Kultur

Der letzte Sinn des gewerkschaftlichen Kampfs ist die Gerechtigkeit. Jeder soll das haben, das ihm gebührt, den vollen Ertrag seiner Arbeit, die soziale Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Diese unsere Forderungen für die mit Hand oder Kopf arbeitenden Menschen scheinen rein wirtschaftlicher Art zu sein, weil sie wirtschaftliche Werte betreffen, vom wirtschaftlichen Leben etwas verlangen. Dennoch steht hinter diesem wirtschaftlichen Luthen ein hohes Stück menschlicher Kultur. Denn Kultur ist mehr als Zivilisation. Das Wesen der Kultur ist Geistigkeit und ethische Gestaltung. Nur beides vereint machen ein Kulturbild aus.

Wenn die wirtschaftlich Herrschenden unserer Tage diese engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und echter, innerlicher Kultur nicht verstehen, so zeigt das, daß sie Menschen der Zivilisation sind und daß unsere zivilisatorische Gegenwart noch weit von einer kulturellen Gestaltung des Lebens entfernt ist. Alle großen geistigen Köpfe der Geschichte waren Träger des Gedankens, daß Kultur als Erstes Gerechtigkeit verlangt, und darum waren sie selber auch stets von einem tiefen Gerechtigkeitsgefühl durchdrungen. Wir brauchen nur an unsere großen Dichter zu denken, um zu erkennen, wie ein großes geistiges Können mit einem großen gerechten Fühlen verbunden ist.

Diese Verbundenheit von Gerechtigkeit und Intelligenz ist so auffallend, daß sich auch die großen Philosophen immer wieder mit diesen Zusammenhängen beschäftigt haben. So sprach Nietzsche zum Beispiel einmal das Wort, daß ein höherer Intellekt nur die Krönung moralischer Eigenschaften sei, und der Philosoph Hegel verurteilte, die französische Sprache zum Beweise heranzuziehen, wenn er schreibt: „Das Moralische muß in dem weiteren Sinne genommen werden, in welchem es nicht bloß das moralisch Gute bedeutet. Je Moral in der französischen Sprache ist dem Physischen entgegengesetzt und bedeutet das Geistige, Intellektuelle überhaupt.“ Und so, „Moralisches“, solche „moralische Eigenschaften“ ist vor allem und an erster Stelle die Gerechtigkeit, das Gefühl für Recht.

Zweifellos sind die Zusammenhänge zwischen sittlicher und geistiger Kultur unauflösbar vorhanden und eine volle geistige Kultur kann darum nie sein, solange nicht eine soziale Gestaltung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen befriedigt. Menschen der zivilisatorischen Gegenwart mögen auch in der sozialen Ungerechtigkeit der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse zufrieden sein. Eine Kultur menschlicher Größe hat diese Zufriedenheit nicht, weil im großen Kulturmenschen hohe Intelligenz mit hohem sittlichen Gefühle verbunden ist. Die neue Menschheit kann nur unter gerechten, sozial-menschlichen Verhältnissen des Lebens glücklich sein. Damit ist es auch kein schlechtes Zeichen für einen Menschen, organisiert zu sein. Es ist ein Beweis dafür, daß in ihm etwas von diesen großartigen Zusammenhängen zwischen Intelligenz und Ethik, zwischen Geistigkeit und Recht lebt, und hineinzuwachsen in diesen gewerkschaftlichen Rechtsgedanken heißt, hinaufzusteigen zu einem neuen, wahrhaftigen Kulturmenschen, das da in einem ist Können und Gerechtigkeit, Intelligenz und Recht.

Der Streikbrecher

Bei dem großen Lohnstreik hielt der lange Adams die Stunde für gekommen, die sich jedem einmal bietet. Die Stunde, in der das Glück einem die Hand reicht. Und er, Friedrich Wilhelm Adams, war nicht der Mann, diesen Augenblick ungenutzt vorbeigehen zu lassen! Oh, er würde schon zupacken!

So bleibt er in der Bude, als die anderen die Arbeit hinwerfen und dem Unternehmer erklären, daß sie für den Verdienst nicht länger arbeiten.

Der Meister sieht ihn erstaunt an, als Adams bleibt: „Na, Adams, Sie sind doch organisiert?“

„Ich arbeite weiter!“ erwidert dieser kurz und mürisch. Dem Meister ist es natürlich recht. Je mehr eingearbeitete Leute bleiben, um so leichter sind neue Arbeiter anzulernen.

Auch Eli Adams macht große Augen, als ihr Mann ihr erzählt, daß er sich dem Streik nicht angeschlossen habe. Eli ist die Tochter eines sozialdemokratischen Führers. Von klein auf hat sie die sozialistischen Lehren in sich aufgenommen. Sie hat selbst vor ihrer Heirat in einer Fabrik gearbeitet und am eigenen Leibe die Machtlosigkeit und Einflußlosigkeit des einzelnen Arbeiters und die Notwendigkeit einer großen, geschlossenen Organisation kennen gelernt. So hält sie die Erklärung ihres Mannes, daß er sich dem Streik nicht angeschlossen habe, zunächst für einen Scherz. Als sie merkt, daß es ernst ist, bricht sie in fassungsloses Weinen aus. Das Gefühl der Massengemeinschaft ist ihr etwas so Selbstverständliches, daß ihr niemals auch nur der Gedanke an die Möglichkeit gekommen wäre, sich von dieser Gemeinschaft zu lösen. Und daß nun gar ihr Mann sich von dieser Gemeinschaft losgerissen hat, ist ihr einfach unfassbar.

„Ach was, hab Dich nicht so, Eli! Solidarität und Zusammengehörigkeit sind gewiß etwas sehr Schönes. Aber ich weiß darauf, wenn sie mich in meinem Fortkommen hindern. Vorwärts will ich! Hochkommen will ich! Du glaubst ja auch an den Klassenkampf und weißt so gut wie ich, daß wir, die wir heute leben, niemals den Sieg unserer Klasse selbst erleben werden. Ich will mich aber nicht mein ganzes Leben lang treten lassen wie Vater, wie Deine und meine Brüder, wie all die andern unserer Klasse! Ich will nicht! Ich will mich nicht länger treten lassen! Und wenn denn schon getreten werden muß, dann will ich lieber selber treten als getreten werden! Und dann — seine Stimme wurde weicher — denk an unsere Kinder, Eli! Die sollen es doch einmal besser haben als wir!“

Der Streik ging verloren, wie Adams es vorausgesehen hat. Er ist Sorarbeiter geworden mit der Aussicht, zum Meister zurückzukehren, sobald ein Flag frei wird.

Und doch wird Adams seines Aufstiegs nicht recht froh. Daß er während des Streiks mit allerlei Gesindel zusammenarbeiten muß, die man von überall her zusammengeholt hat, um die Kraft der Organisierten zu brechen, das ging noch an. Schlimmer ist die Verachtung der früheren Arbeitskollegen. Und kaum zu ertragen ist es, daß auch seine Frau darunter zu leiden hat, die tiefer als er diese Verachtung empfindet.

Vor der gedrückten Stimmung im Haus sucht Adams Trost und Vergessenheit im Wirtshaus. Zuerst selten. Dann öfter.

Zwar ist er sich völlig klar darüber, daß dieser Trost ein teures und recht kurzes Vergnügen ist. Und daß er sich nachher um vieles elender fühlt als vormals. Aber er kann der Lockung nicht mehr widerstehen.

Der Streik ging verloren. Aber er wurde zu keiner Niederlage der Gewerkschaften, die den Kampf rechtzeitig abbrachen. Die lange Führung des Verbandes hatte mit ihm nur die beiderseitigen Kräfte gemessen und die Front des Gegners abtasten wollen. Und als die Gewerkschaften zwei Jahre später in einem günstigen Augenblick — es war Hochkonjunktur und gab wenig freie Arbeitskräfte — den Kampf erneut aufnahmen, da errangen sie einen vollen Erfolg.

folgt. Nicht nur in der Lohnfrage. Die Unternehmer des Bezirkes mußten sich verpflichten, nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einzustellen. Damit lag auch Adams auf der Straße.

Seitdem ging es mit ihm bergab. Betruan er sich zuerst nur in größeren Zeitabständen, so wurden diese Zwischenräume immer kürzer. Hand er auch, da er ein großer, kräftiger Kerl war, leicht Arbeit, so wurde er meist auch ebenso rasch wieder entlassen, sobald man seine Schwäche erkannte. Nicht einmal als Brauer konnte er sich halten. Denn einen betrunkenen Brauer konnte man ebenso wenig gebrauchen wie irgend einen anderen betrunkenen Arbeiter.

Mit der tapferen Selbstverständlichkeit, mit der Frauen meist in das Unvermeidliche finden, trug Eli Adams ihr Geschick. Sie nahm den Kampf mit dem Leben auf. Konnte sie auch nicht hindern, daß ihr Mann immer tiefer sank, so wollte und konnte sie doch verhindern, daß er auch sie und die Kinder mit zugrunde richtete.

Es war nicht leicht für Eli, ihren Weg zu gehen. Daß sie für ihre Kinder und bald auch für ihren Mann zu sorgen und das tägliche Brot zu verdienen hatte, war nicht das Schlimmste. Viel schlimmer traf sie das Geschick in ihren Kindern selbst. Waren die beiden Ältesten frisch, gesund und kräftig, der Junge ein Ebenbild des kraftvollen Vaters aus den ersten glücklichen Jahren der Ehe, das Mädel ganz die energiegelbe, kluge, lebensfrohe Mutter, so wirkte sich die Trunkenheit des Vaters auch an den jüngeren Kindern aus. Noch viermal wurde Eli Adams Mutter. Aber der vom Trunk vergiftete Körper ihres Mannes war nicht mehr fähig, ein gesundes Geschlecht zu erzeugen. Das erste Kind war schwach und die drei anderen waren völlige Hyänen.

Wer immer als Sozialist für ein besseres Los des kommenden Geschlechtes strebt und kämpft, wird die Schwere des Schicksals nachfühlen können, mit dem Eli gerade in ihren Kindern getroffen wurde.

Aber sie verzweifelte nicht. Konnte sie ihren Mann nicht retten und ihren jüngsten Kindern nicht Gesundheit und Verstand geben, so konnte sie doch arbeiten, dachen und kämpfen, um ihren beiden ältesten, gesunden Kindern den Aufstieg zu einem besseren Los zu ermöglichen. Und sie arbeitete, darbt, kämpfte und — siegte! — Es gibt viele Eli Adams in der Welt. Kurt Heilbut.

Murmel

Streichhölzer!... Bittschön — Streichhölzchen! Eine lästige Stimme drang aus dem Winkel des Torbogens und ein zitternder Arm mit einer runzligen Hand streckte den Vorübergehenden einige Streichhölzchen entgegen. Niemand griff zu, eilig schwenkte der Strom die Menschen vorbei. Gepeinigti langte der Arm in das Fell der lichtdurchfluteten Großstadtstraße.

Bittschön — — Streichhölzer — —, immerzu, matt und klaglos.

Mein Blick fällt auf die Gestalt. Herrgott, das Gesicht; irgendwo habe ich das schon gesehen, diese gekrümmten Lippen waren doch nicht alltäglich. Ich lehnte um, will das Gesicht nochmals sehen, suche ein Zehnpennstück und sehe dabei in das verfallene Gesicht. Was das Gebild wieder ins Portemonnaie fallen und reiche ein Markstück, für die Hölzer danke ich. Der Alte sagt nichts, hält die Münze dicht vor das trübe Auge, die weil ich die Menschenfluten fortspülen. Wahrhaftig, es war Murmel.

„Wie steht es, hast du dir es nun überlegt? Wirst doch nicht mehr als Unorganisierte die Früchte unserer Arbeit einstreifen wollen? Hier, der Beitrittschein, du gehörst in den Verband“, damit verließ der Vertrauensmann den Kollegen Murmel, der neben mir am Arbeitsplatz stand.

Der Mann hieß nicht Murmel, das war sein Spitzname, den die Kollegen dem 53jährigen gegeben; der auffallend modern getleidet daherkam, den Lebensart spielte und immer behauptete, daß er gestern wieder einmal „gemurmelt“ habe; darunter verstand er seine abendlichen, höflichen Reisen durch Bier- und Bierstuben.

Als der Vertrauensmann weg war, sagte er zu mir: „Denke gar nicht dran, in den Verband zu gehen, ich vertrete meine Sachen selber. Ich weiß, was ich will, in den Rücken fallen werde ich euch bestimmt nicht, bin so gestellt, daß ich bei Streiks ohne euch bestehe.“

Ofi vermute ich ihn vor seinem unverantwortlichen Standpunkt abzubringen, erinnerte ihn an die Pflicht zur Solidarität, zur freiwilligen Hilfe des Stärkeren für den Schwächeren, alles vergebens, er spielte den Gentleman und hatte keinen Feintrieb für den Verband übrig. Seinen Arbeitsplatz hielt er für gesichert, zumal er schon 17 Jahre im Betrieb war und der Meister gern mit dem Murmel auf Hummel ging. Seine Arbeit war nicht besonders weit her, eine Massenarbeit, die er im Schlaf verrichten konnte. Die Kollegen mieden ihn, nannten ihn mit Recht „Schmierlappen“, was ihm aber gar nichts ausmachte.

Murmel war verheiratet und seine Ehe kinderlos. Seine Frau, eine zarte, schwächliche Person, ging Tag für Tag mit ins Geschäft, eine gute Stellung mit bescheidenem Einkommen ermöglichte ihr, für Miete und Lebensunterhalt allein zu sorgen. Darum schlug Murmel auch seinen Verdienst allein auf den Kopf. Sonntags, nach sechs schweren Arbeitstagen, schänzte die Frau zu Hause ihre Wirtschaft zurecht, während Murmel elegant durch alle Vergnügungstätten murmelte.

Noch vor dem Kriege war es, im Hofe des Gewerkschaftshauses drängten die Erwerbslosen, kummervolle Glendmäßen zwangen sich auch der schwarzen Tafel „Arbeiter gesucht“, an der, wie immer, nichts angeschrieben stand. Unschlüssig standen dann die Enttäuschten in Gruppen umher, andere begaben sich an die Unterstützungskasse ihrer Gewerkschaft und holten die Unterstützung, die einzige Hilfe, die damals für die Arbeitslosen bestand.

Unter der mühlenden Masse traf ich auch Murmel wieder. Seine „dunste Schale“, auf die er früher so viel hielt, war arg verschliffen, sein frisches Gesicht bleich und abgemagert. Ich sprach ihn an: „Na, arbeitslos? Zum Verband bist du doch noch gekommen?“

„Arbeitslos, ja, aber wäre ich doch bloß in den Verband gegangen.“ Er ließ den Kopf hängen, hilflos, verträumt. „Rech habe ich gehabt, einen Automaten hat die Bande angekauft, der für solche Würgt, zu fängt sind wir gelogen... 20 Jahre habe ich für die Stunde geschuftet. Aufhängen wäre für unsereinen das Beste — keine Arbeit, keine Unterstützung, von was soll man leben? Wenn doch bloß meine Alte noch wäre... Mit Schwindsucht ist die abgekrast.“

Stoßenweise stieß er seinen Groll aus, dann schweig er nachdenklich. Ich konnte ihm auch nicht helfen, war selbst arbeitslos, vertrieben aber, ihn an seine Schuld zu erinnern. Der Gang zu den Arbeitslosen im Gewerkschaftshaus, wo er eigentlich nichts zu suchen hatte, schien mir hübenang zu sein.

Es trieb mich doch wieder zurück, sah an der Häuserfront entlang, wie ein gepenstiges Kal tagte klagend die bettelnde Hand aus dem Dunkel ins Licht, der wartende Arm des Gentleman Murmel. Paul Saase.

Die Hand

Die Hand ist zum Schaffen bestimmt. Sie ist darum ein wertvolles Werkzeug des Lebens. Wir rechnen sie wenig, und doch ist sie viel, und all die wichtigen Organe des Körpers sind da, ihr zu dienen. Aus ihr fließt das Leben. Sie ist das Instrument unseres Seins, das all unser Denken und Fühlen umsetzt in Tat.

Die Unterscheidung zwischen Kopf- und Handarbeit, wie sie üblich ist, verfehlt. Auch der Kopfarbeiter bedarf seiner Hand. Sie erst legt die geistigen Energien in Wert, um, indem sie schreibt, zeichnet, malt, indem sie leitet, indem sie erklärt, und selbst beim Sprechen und Singen geben wir unserem Erleben erklärenden und bestimmenden Ausdruck durch unsere Hand. Sie ist ein Organ zur Befreiung unseres künstlerischen Fühlens.

So ist die Hand auch das log. handarbeitenden Menschen nicht ein Instrument, das ohne ein lebendiges Hirn schaffen kann. Allerdings sucht die kapitalistische Mechanisierung des Lebens das Geistige im handarbeitenden Menschen zu töten. Aber auf ewig wird der Mensch nicht Arbeitsmechanismus sein. Je mehr die Maschine Arbeit leistet, um so mehr macht sie einmal den Menschen für künstlerische Arbeit frei. Eine Arbeitsdifferenzierung wird kommen, indem das Mechanische von der Maschine, die der Mensch beherrscht, vollbracht wird, während der Mensch im übrigen mit seiner Hand handarbeitend das Wortes tiefstem künstlerischem Sinne leistet.

Und dann wird die Hand, die heute als minderwertig betrachtet, in ihrer ganzen, großen, schaffenden Bedeutung erkannt werden. Dann hat der losarbeitende Mensch die bürgerliche Ideologie überwinden, die da in tafeln, handfremden Ideen das Höchste sieht. Dann ist Tat alles, Leistung, Praxis, Wirklichkeit.

Die Hand ist es dann, die Menschen bewahrt mit dem tätigen Leben. Liebe, Freundschaft, Güte, was ist das alles? In dem Not, heißt es, bewahrt sich der Freund. Und da hat die Hand, die helfende, die Freundschaft zu bewahren.

Zwei ineinandergeschlungene Hände sind so oft in den organisierten Verbänden des schaffenden Volkes das Symbol des Weges und des Zieles, und wir reichen uns in Feierstunden des Volkes oft im Geiste die Hand. In der neuen Arbeit geben Menschen praktisch sich die Hände, in der Arbeit, die dem Ganzen der Gemeinschaft gilt.

Das ist Zukunft. So wird es einmal sein. Doch damit es werden kann, ballen wir ein zweites mal die Faust!

Eine Uhr, die von selbst geht

Wie das Ei des Kolumbus mutet eine Uhr an, die von dem Schweizer Uhrmacher Meier gebaut worden ist. Sie braucht nicht mehr mit menschlicher oder motorischer Kraft aufgezogen zu werden, sondern läßt diese Arbeit durch die täglichen Schwankungen der Temperatur besorgen. Eine von dem Erfinder gebaute Uhr ist bereits seit Jahresfrist in Betrieb, ohne daß sie stehen geblieben wäre oder hätte reguliert und aufgezogen werden müssen.

Die zum Aufziehen des Fallgewichtes, welches beim Niedergehen das Räderwerk der Uhr in Gang hält, erforderliche Kraft wird aus der Veränderung des Rauminhaltes einer gewissen Menge Glycerin gewonnen, das bekanntlich auf ein Ansteigen der Temperatur mit Ausdehnung, auf Kälte mit Zusammenziehung reagiert. Es ist in einer vielfach spiralförmig gewundenen Röhre untergebracht, die an einem Ende verschlossen ist, am anderen Ende einen Kolben umschließt, der mit dem Zuggewicht der Uhr in Verbindung steht. Das sich mit der Wärme ausdehnende Glycerin überträgt also seinen Druck auf den Kolben, der mit seiner dadurch hervorgerufenen Bewegung das Gewicht hebt, das beim Niedergehen den Lauf der Uhr sichert. Da bereits eine tägliche Temperaturschwankung von 2 Grad genügt, um das automatische Arbeiten der Uhr zu gewährleisten, erscheint ihr sicheres Funktionieren in unseren Klimaten außer Frage. Sind doch bei uns selbst in der guten Jahreszeit die täglichen Temperaturschwankungen um viele Grade höher.

Glycerin erstarrt erst bei minus 30 Grad und siedet bei Temperaturen über 360 Grad. Man kann die Glycerinuhr vorteilhaft auch im Freien aufstellen, da Kältegrade von minus 30 Grad bei uns kaum vorkommen oder doch nur ausnahmsweise. Sollte sich ihre Konstruktion auf die Dauer bewähren, würde ihre Verwendung im Betriebe der öffentlichen Zeitmessung eine erhebliche Verbilligung der Unterhaltungskosten herbeiführen.

Was wir brauchen

Bei der letzten internationalen Erfinderausstellung in London hatte das Patentamt für die drei besten Vorschläge zu neuen Erfindungen unter der Devise: „Was wir brauchen“ Preise ausgesetzt. Die drei preisgekrönten Vorschläge sind folgende:

1. Ein gewisser Prozess zur Herstellung von feuerfestem Papier, das besonders für wichtige Dokumente, Papiergebälde und Gebälde in Betracht kommt. Die Qualität und die Haltbarkeit des so hergestellten feuerfesten Papiers dürfen nicht geringer sein als bei anderen guten Papierorten.

2. Ein Magazinhammer, der bei jedem Schlag aus einem Magazin einen neuen Nagel hergibt und diesen Nagel mit einem Schlag unter Benutzung von nur einer Hand in den betreffenden Körper, zum Beispiel Holz, hineintreibt.

3. Ein Saugapparat zur Reinigung der Gärten, Parks und öffentlichen Anlagen von Blättern, Papier und ähnlichem Unrat. Der Saugapparat muß zweckmäßig einen zum Auffangbehälter, zum Beispiel einem Willkauer, führenden Schlauch besitzen. Ein derartiger Apparat spart Zeit und Arbeitskräfte.

Die unter Punkt 2 und 3 erwähnten Vorschläge sind ebenso wie der Vorschlag 1 sicherlich genial gedacht, aber wie bei vielen Erfindungen der heutigen, alles mechanisierenden Technik geben auch diese Ideen auf die Ausgestaltung menschlicher Arbeitskräfte hinaus. Was sollen denn schließlich die vielen menschlichen Hände noch tun, um das Leben der Menschen zu fristen? Die Mechanisierung wird bestaunt. Ist sie aber wirklich auch ein Segen für das dauern an Zahl zunehmende Menschengeschlecht?

Gewerkschaftsbewegung und Alkoholgefahr

Der Kampf gegen den wieder so stark zunehmenden Alkoholismus wird auch von der freien Gewerkschaftsbewegung tatkräftig unterstützt. Es genügt aber nicht der Hinweis darauf, daß durch den gewerkschaftlichen Kampf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden und dadurch das Bedürfnis der Arbeiterklasse nach wirklichen Kulturgenüssen steigt. Es muß auch die Erkenntnis verbreitet werden (worauf Ernst Neumann in der „Buchbinder-Zeitung“ hinweist), daß der Alkohol eine Waffe in der Hand des kapitalistischen Unternehmertums ist, um die Arbeiter über ihr trauriges Dasein hinwegzuführen. Neumann gibt einen Überblick über den zunehmenden Verbrauch an alkoholischen Getränken und über die ständig steigenden Gewinne, vor allem in der Brauindustrie, und er kommt zu folgendem Schluss: „Der Vorteil von einem hohen Alkoholkonsum haben einzig und allein die Alkoholkapitalisten. Sie sind diejenigen, die Profit daraus schlagen. Das Unternehmertum produziert nicht, damit Güter und Nahrungsmittel da sind, sondern zu dem Zwecke des Geldverdienens. Fällt der Verdienst fort, hört das Interesse des Unternehmers am Produzieren auf. Auch Alkohol soll nur zu dem Zwecke des Geldverdienens hergestellt. In diesem Falle liegt nicht einmal eine wirtschaftliche Notwendigkeit vor, was sich doch dann immer behaupten läßt, wenn Maschinen oder Werkzeuge produziert werden.“

Wetter und Radio

In vielen Ländern macht sich der natürlich völlig unbegründete Glaube bemerkbar, daß Wetter und andere Wetterstörungen durch Radiowellen, ja sogar durch Aufnahmestationen, Hochantennen u. a. hervorgerufen würden. In einem polnischen Dorf überließen kürzlich die Bauern das Haus des Gutbesizers Wrozenski, da sie dessen Radio die Schuld am Ausbruch des Sturmes gaben. Der Gutbesizer und seine Familie konnten sich nur dadurch retten, daß sie sich tot stellten, als wenn sie ein Blitzschlag getroffen habe. Die Bauern flohen bei diesem Anblick in abergläubiger Furcht.

Zum Lachen sprach ein Hirch: „Nimm mir's nicht traurig, der Mensch nennt dich mit vollem Rechte dumm: wie leicht wirst es bei deiner Kraft dir sein, dich von dem lästigen Joch zu befreien.“ Der aber brummt: „Das Joch ist bei uns Brauch, mein Vater trug's, und darum trag' ich's auch; verdrick' ich denn ein anderes Los als er? und Aberdies — wo nähm' ich Futter her?“



Verbandsleben



Auf nach Berlin!

Traf ich da wieder im D-Zug Berlin-Köln eine größere Anzahl Verbandskollegen, die über die Feiertage nach Berlin kamen. Obwohl ich als Abgeordneter in der 1. Klasse wesentlich besser reise als der Gewerkschaftsangehörige in der 3., kann ich den Schmerz der Kollegen verstehen und möchte gern helfen.

Für manche könnte eine solche Reise vermieden werden, wenn der Sitz unseres Verbandes in Berlin wäre. Die anderen würden in sehr vielen Fällen die Reise mit der Erledigung wichtiger Verbandsgeschäfte verbinden, wenn — ja wenn — das Hauptquartier nicht in Stuttgart, der landschaftlich schönsten Stadt Deutschlands, sondern in Berlin wäre.

Solche mehr oder weniger stark empfundenen Unannehmlichkeiten anen ja nun freilich für die Sicherlegung nicht den Ausschlag geben, aber sie sind mit in Rechnung zu stellen. Ausschlaggebend müssen die Vorteile des Gesamtverbandes sein. Und die sprechen alle für Berlin. Die Zeit, wo Berlin nicht nur Sitz der Hohenzollern, sondern auch Sitz der rücksichtslosesten Polizei Deutschlands war, ist vorbei. Schon mit der Schaffung des neuen Vereins- und Versammlungsrechtes im Jahre 1907 fielen die meisten Gründe, die dazu geführt hatten, die Verbandsätze außerhalb Preußens aufzuschlagen. Durch die Revolution hat das deutsche Volk das Recht erhalten, seine Regierungen selbst zu bestimmen. Es wird im laufenden Jahre durch den Wahlgang darüber zu befinden haben, ob es seit einem Jahre bestehende Rechtsregierung weiter dulden will oder nicht. Volk und Parlament bestimmen! Die so gewählten Regierungsmänner stehen mit dem Volke in enger Verbindung als die früheren Minister von Wilhelms Gnaden. Der verlorene Krieg und das heutige Regierungssystem haben es aber auch mit sich gebracht, daß die sozialen Fragen und Einrichtungen viel mehr als in der Vorkriegszeit in den Vordergrund gerückt sind. Überdies haben aber auch die großen Wirtschaftsfragen für die Arbeiter eine solche Bedeutung gewonnen, daß alle Gewerkschaften gezwungen sind, sich eingehend damit zu befassen. Durch die immer stärkere Verzweiflung der Industrie und die stets fortschreitende Zusammenballung des Kapitals ist den Herren der Wirtschaft eine Macht gegeben, wie sie sie im Frieden niemals gehabt hat. Jede parlamentarische Regierung, ob sie rechts oder links steht, muß sich mit diesen Dingen befassen. Wirtschafts- und Arbeitsminister werden, in diesem Zusammenhang gesehen, eine immer größer werdende Bedeutung haben. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird zukünftig noch mehr als bisher im Parlament ausgetragen werden. Sitt es doch, neben der politischen Demokratie auch die wirtschaftliche Demokratie, ohne die der Arbeiter immer ein Unterdrückter bleiben wird, durchzuführen. Es gilt aber auch — und das muß heute, wo man die Betriebe der öffentlichen Hand scharf bejagt, mit aller Deutlichkeit gesagt werden — den Einfluß der öffentlichen Hand in den verschiedensten Industriezweigen zu stärken. Das Volk, politisch und wirtschaftlich reifer, kann sich nicht von einer kleinen Zahl Profitgegnossen führen und regieren lassen. Es kann auch auf die Dauer nicht zusehen, wie die sogenannten Wirtschaftsführer Wege einschlagen, die national und international nicht dem Volksganzen dienen.

Zu welcher Gefahr dies werden kann, hat die letzte große Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gezeigt. Die Stilllegung konnte nur gehindert werden durch das Eingreifen der Reichsregierung. Was man mit der Entschädigung des Reichsarbeitsministers einverstanden sein oder nicht, Tatsache ist, daß bei einem offenen Kampf der Schaden für unser ganzes Wirtschaftsleben schwer unermesslich geworden wäre. Wie die Industriegehaltigen über solche Kämpfe denken und woher ihre Leiden führt, kann man jetzt wieder in Mitteldeutschland deutlich erkennen. Solche großen Kämpfe machen den unhaltbaren Zustand, daß unsere Verbandsleitung in Stuttgart sitzt, doppelt fühlbar. Reichs- und Landtag mußten sich mit dem angeblichen Kampf im Industriegebiet befassen. Wo waren die Vertreter des größten Verbandes der Welt, die als Redner auftreten konnten? Im Reichstag war keiner zu finden. Im Landtag sprang im letzten Augenblick der Kollege Szillat aus Kassel ein. Es war keine letzte Rede als Angehöriger des Metallarbeiterverbandes, heute ist er schon Stadtkommissar. Spätkommer noch als der Rang an passendem Redner war, daß die Stelle, bei der das gesamte Material über die Bewegung vorhanden sein mußte, nicht in Berlin, sondern in Stuttgart lag.

Von den 30 deutschen Zentralverbänden des ADGB haben 25 ihren Sitz in Berlin. Von den übrigen fünfzehn die größten in Hannover, Bremen und Hamburg, also nicht allzuweit von der Hauptstadt des Reiches. Der Bundgewerkschaftsbund wird bald ebenfalls seinen Sitz von Hamburg nach Berlin verlegen. Auch im Reichstag des Reichspräsidenten, des Radio und Klingens ist die persönliche Führungsmacht und der dauernde persönliche Einfluß immer noch von der allgeringsten Bedeutung. In Berlin wird die Politik gemacht, in Berlin laufen die wirtschaftlichen Fäden zusammen und in Berlin macht die Presse die Welt. Ein Blick in die führenden Zeitungen Deutschlands während des letzten Kampfes in der Schwerindustrie zeigt dies mit aller Deutlichkeit.

In der Nachkriegszeit ist man von den verschiedenen Seiten gegen den „Reichstag“ Berlin Sturm gelaufen. Wirtschaftliche und soziale Gründe haben den Versuch gemacht, nachdem bei Krieg und Krieg mehr da war, das Geschäft nach der Post zu ziehen. Sie haben es nicht fertiggebracht, konnten es nicht fertigbringen, weil die Bedingungen für Berlin sprechen. Auf Jahreshöhe hinaus wird die Wirtschaft im Mittelpunkt des Geschehens stehen. Die Wirtschaft wird die Politik beeinflussen, in vielen Fällen sogar leiten. Der Weg zum Zentralverband und die weitere Ausbreitung Deutschlands wird nie gegen die Wirtschaft, sondern mit der Wirtschaft gehen. Das Bestehen der großen Masse hängt aber nicht allein von der Höhe der Wirtschaft ab, wie aus der längeligen Zeit immer schon, sondern von allen Dingen von dem politischen Einfluß der Masse und wie sie es versteht, diesen Einfluß auf die wirtschaftliche Gestaltung der Zukunft auszuüben.

Wie man sieht, gibt es höchst wichtige Gründe für die Entlegung. Eben darum: Auf nach Berlin!

Die man wieder vergessen hat

Der Schiedspruch in der Nordwestlichen Gruppe hat den großen Arbeitstempel abflauen lassen. Der Kleinkrieg um die Auslegung des so wässrigen Schiedspruches hat auf den einzelnen Fäden zwischen Arbeitervertretern und Direktionen begonnen. Zahlreich sind die bei den Gewerkschaften schwebenden Klagen von Arbeitergruppen, denen die Schwerindustrie auf Grund der dunklen Bestimmungen die verkürzte Arbeitszeit verweigert.

Zu den Gläubigern, die nach dem 1. April ganz klar für den Achtstundentag in Betracht kommen, gehören auch die Maschinisten der Gaszentralen, die so seit Jahren wohl die Höchstleistung für lange Arbeitszeit auf den Hütten halten (bis zu 84 Wochenstunden). Die weisen Herren, die den Schiedspruch ausbrüteten, haben wohl nicht mehr umhin gekonnt, diesen in Öl- und Gasdienst wirkenden Leuten die dreigeteilte Schicht zuzugestehen. Die von den Gewerkschaften beigebrachten Beweise über Gesundheitschäden durch Gas und Hitze haben wohl eine zu deutliche Sprache geredet.

Daß man diese Gruppe von Arbeitern so lange unberücksichtigt ließ, mag daran liegen, daß die Gaszentralen dem klüchtigen Vorgesetzten wenig von ihrem wahren Charakter zeigen. Es sind meist hohe Säte, in denen die riesigen Gasmaschinen so nett gepußt sind, der Fußboden so schön plattiert ist, daß es dort den die Arbeitsbedingungen prüfenden Kommissionen wahrscheinlich ganz erträglich dünkte. Aber das furchtbare Gas ist in diesen Sälen heimisch. Täglich, kaum merklich wirkt es, nur bei größeren Gasausbrüchen zeigt es sich ammittelbar in seiner ganzen Gefährlichkeit.

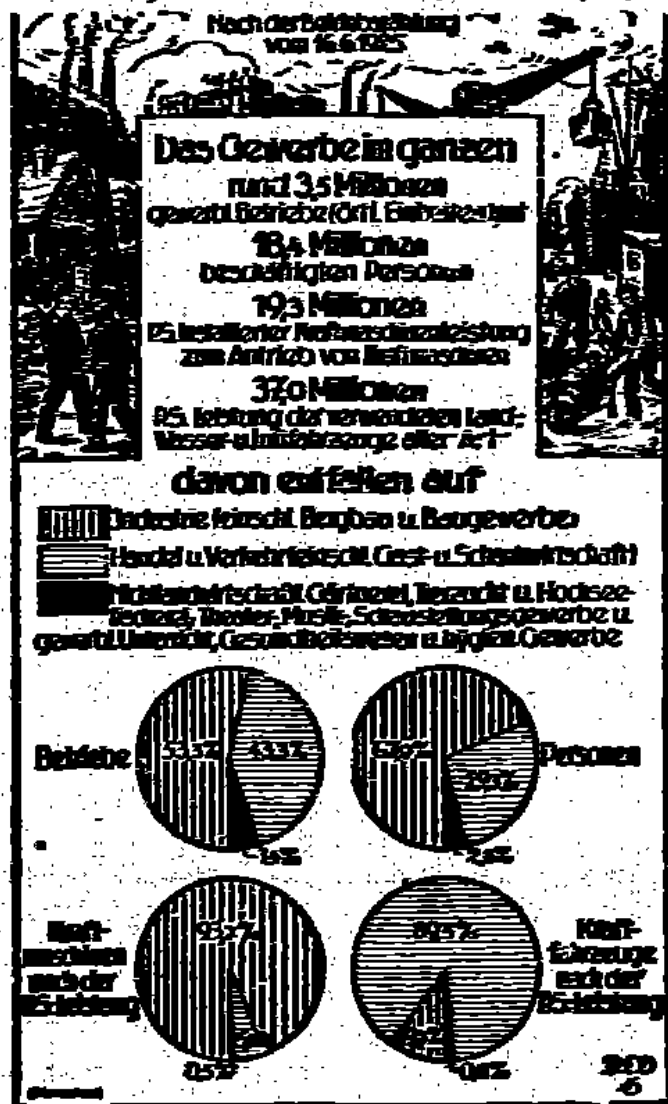
Den Maschinisten ist endlich Gerechtigkeit widerfahren. Es werden die harte Fron der 84-Stundenwoche bergesetzt und den Eigenen der dreigeteilten Schicht genickt. Aber es sind noch andere Leute in diesen Betrieben tätig: Reparaturkolonnen, Gaschloffer, aber dieser Leute geht der Schiedspruch ganz ungenügend. Erst vom Juni ab soll ihre durch regelmäßige Sonntagsarbeit verlängerte Arbeitszeit eine Verkürzung von drei Wochenstunden erfahren. Ob der Schlichter nicht weiß, wie diese Leute schaffen? Bei seiner Vorbildung wäre das weiter nicht verwunderlich und sein wässriger Schiedspruch läßt es annehmen. Gejunger Menschenverstand müßte sagen: Haben die Maschinisten in den Zentralen ab April den Achtstundentag, so müssen die mit ihnen ständig im selben Bau hausenden Schloffer ihn selbstverständlich auch bekommen. Aber was heißt bei den Mannern der Schwerindustrie gejunger Menschenverstand? Bei ihnen heißt es: Warum den Arbeitern eine Erleichterung geben? Der Schiedspruch führt die Gaschloffer nicht namentlich für die dreigeteilte Schicht auf, also wird sie ihnen auch verweigert.

Man betrachte einmal die Arbeit dieser Reparaturkolonnen. Während der Maschinist seine Maschine pflegt (nach dem Abbau unter man ihm auch die Bedienung von zwei zu), muß der Schloffer oft schwerste körperliche Arbeit leisten: Einer der Kolosse von Gasmaschinen geht zu Bruch. Glühend heiß sind alle seine Teile; aber er muß auseinandergerissen, untersucht werden. Schnell soll der Schaden behoben sein, zu langer Ausfall der Maschine bedeutet Verlust. Die Schloffer müssen heran, die Hände lappenswidert, um nur die heißen Maschinenteile halten zu können. Öl trief, Schweiß rinnt; in einer Stunde sehen die Leute fettglänzende, schwarze Kleckse ähnlich. Mit riesigen Werkzeugen wird häutert; schwere Knochenarbeit wird geleistet in Temperaturen, die oft noch über 40 Grad Reiter. Dazu kommt häufig noch Gas aus den Leitungen.

Aus Verbehrtheit verweigern die Schwerindustriellen diesen Leuten den Achtstundentag, weil sie der Schlichter aus Unkenntnis oder aus irgend einem anderen Grunde nicht berücksichtigt hat. Dabei liegen sich die vorhabenden Leute recht gut überall in drei Schichten einreihen; und das dadurch verursachte Weniger der Arbeitsstunden würde durch größere Frühe der Leute wieder aufgehoben. Aber man will das nicht. Die Schwerindustriellen hassen den Achtstundentag der Arbeiter wie das Feuer.

Von dem Verständnis der rationalisierenden Direktoren ist also nichts zu erwarten. Von den den Schiedspruch auslegenden Stellen ist auch schwerlich etwas zu erwarten. Also bleibt den Vertretern der Gaszentralen nur die Selbsthilfe, und das ist einmütige Organisierung. Nur dann kann der Tag kommen, an dem man der Direktion der Hütte sagen kann: Entwerber die dreigeteilte Schicht oder die Gasmaschinen mag reparieren, wer will. Und dann auch wird der Erfolg da sein.

Gewerbliche Gliederung Deutschlands



Deutschlands Industrialisierung hat seit der letzten gewerblichen Betriebszählung von 1907 erhebliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der gewerblich tätigen Personen in Industrie, Handel und Verkehr ist seit 1907 um 28,5% gewachsen, und zwar bei Männern um 25%, bei Frauen sogar um 33,1%. Das zeigt klar, daß die Bevölkerungswachstum in gewerblichen Berufen zugenommen hat. Von den 35 Millionen gewerblichen Betrieben im Jahre 1927 sind 549.000 oder 15,9% Kleinbetriebe (einschl. Landwirtschaft). Zahlreicher geworden ist dagegen die Zahl der Betriebe selbst (um 14,1% gegenüber 1907), weil die Ausdehnung der Gewerbe weniger in Form von Erweiterungen von Betrieben als durch Neugründung, z. B. aus dem Zusammengehen bestehender Betriebe, stattgefunden hat.

Brandenburger Bezirkskonferenz

Die Konferenz fand am 5. Februar im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Der Bezirksleiter, Kollege Meier, gedachte in der Eröffnungsrede der Kämpfe der Metallarbeiter in Mitteldeutschland, der zünftigen Tätigkeit des in den Ruhestand getretenen bisherigen Bezirksleiters Scheffler. Von der Mitgliederbewegung konnten erfreuliche Fortschritte berichtet werden und ebenso vom Streben der Bezirksleitung nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1927 von 5653 auf 7669 Mitglieder oder um 25,8%. Die Zahl der Bewegungen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen umfaßte 928 Betriebe mit 71.109 Arbeitern, davon hatten 59 einen teilweisen, 3 vollen Erfolg. Die Zahl der in der Metallindustrie der Provinz Brandenburg Beschäftigten ist 51.101 gegen 40.952 am Ende von 1926. Diese Zunahme ist ein Zeichen des guten Geschäftsganges, dessen sich die Metallindustrie des Bezirks erfreute. Betriebsräte wurden von 451 Betrieben 1265 gemeldet, 118 Betriebe aber, meistens kleine, ohne eine Vertretung.

Die Tätigkeit der Bezirksleitung erstreckte sich auch auf die Vertretung in Rechtsangelegenheiten vor Arbeitsgerichten und auf die Bildung der Mitglieder. Als neuer Bezirkssekretär ist der Kollege Weiß eingetreten. Gegen die Einmischung der kommunikativen Presse in die Führung der Lohnbewegungen wurde vom Bezirksleiter und auch in der Aussprache scharf Stellung genommen. Gewünscht wurde eine besondere Werbearbeit unter der Jugend, und zwar durch Abhaltung von Zusammenkünften der Jugendleiter und eines alljährlichen Jugendtreffens. Die Anträge wurden der Bezirksleitung überwiesen.

Als Vertreter des Hauptverbandes in Stuttgart sprach dann der Kollege Tost über die Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung im ADGB. Die Anträge des Vorstandes werden vom erweiterten Beirat des Verbandes und dem im August in Karlsruhe stattfindenden Verbandstag geprüft und endgültig entschieden werden. Die Konferenz beschloß einstimmig, daß die Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung möglichst bald erfolgen solle. Der Bezirksleitung wurde einstimmig das Vertrauen für die bisherige Tätigkeit ausgesprochen und alle Verwaltungstellen verpflichtet, wegen den kommenden Kämpfen das zur Stärkung der Organisation Notwendige zu veranlassen.

Colobewegung... der Berliner Werkzeugmacher

Die Werkzeugmacher in Berlin haben mit großer Mehrheit beschlossen, am 6. Februar in den Streik zu treten. Sein Beginn ist indessen verschoben worden, um die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, die für den 8. Februar angelegt worden sind, nicht zu erschweren. Ein Bericht von dem Ergebnis der Verhandlung ist bis jetzt, wo wir dies schreiben, noch nicht eingetroffen, so daß es noch unklar ist, ob es zum Ausbruch kommt oder nicht.

Die Ursachen dieser Lohnbewegung sind kurz folgende: In dem besonderen Abkommen, das 1920 mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen getroffen wurde, ist ausgesprochen, daß die Einführung der Stückarbeit im Werkzeugbau verjagt werden solle. Bei dem Versuch ist es bis heute geblieben, das heißt es ist nicht zur allgemeinen Einführung der Stückarbeit gekommen. Von einem regelrechten Afford kann für die Mehrzahl der Betriebe nicht die Rede sein, zumal dort nicht, wo komplizierte Werkzeuge hergestellt werden. In den meisten Fällen war es nicht einmal möglich, den Afford zu berechnen. Obwohl in dem Tarifvertrag, der von unserer Ortsverwaltung mit dem Industriellenverband abgeschlossen wurde, ausdrücklich steht, daß jeder in Afford arbeitende Mann vor Beginn der Affordarbeit einen Zettel zu erhalten hat, worauf Art und Preis verzeichnet sein muß, Weber bekamen die Arbeiter bei Affordbeginn den Zettel, noch weniger wußten sie den Preis, oder wenn er einmal verzeichnet war, war er so gering angelegt, daß gar nicht damit gerechnet werden konnte, daß der Werkzeugmacher die ihm aufgetragene Arbeit ordnungsgemäß fertigstellen konnte.

Mit diesem Stand der Dinge befaßte sich eine Branchenversammlung der Werkzeugmacher. Sie kam zu dem Entschluß, zu beantragen, die Affordarbeit zu beseitigen. Weiter wurde die Schaffung einer Entlohnungsgrundlage gefordert. In den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen besteht kein Tarifvertrag. Es wurde gefordert, 1,10 M die Stunde für einen Werkzeugmacher nach beendeter Lehrzeit, steigend auf 1,50 M bis nach dreijähriger Tätigkeit. Diese Forderungen haben wiederholt zu Verhandlungen mit den Industriellen geführt. Dabei haben diese erklärt, daß sie keine Möglichkeit sehen, die Affordarbeit bei den Werkzeugmachern abzuwickeln, sie stellen sogar die Behauptung auf, daß sich die Einführung der Affordarbeit im Werkzeugbau allzusehr bewährt habe. Das die Erhöhung der Verdienste anbetreffend, erklärten die Unternehmer, wenn die Werkzeugmacher mehr Geld verdienen wollten, dann sollten sie tüchtiger arbeiten, im übrigen sehen sie keine Möglichkeit, die Verdienste irgendwie zu erhöhen.

Diese Erklärungen entfachten begreiflicherweise in den Kreisen der Werkzeugmacher eine große Erregung. Die Werkzeugmacher haben dann in geheimer Abstimmung in den Betrieben mit großer Mehrheit den Streik beschlossen. Der Beginn des Streikes wurde, wie eingangs erwähnt, ausgesetzt, weil in der Zwischenzeit der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses von Groß-Berlin die Parteien amtlich, zum 8. Februar geladen hat.

Gründungsfeier in Roth a. Sand

Am 7. Januar feierte die Verwaltungsstelle Roth ihr 30. Stiftungsjahr. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle, Kollege Wolff, gab einen Rückblick. Die Gründung erfolgte mit 30 Mitgliedern, denen heute 765 Mitglieder gegenüberstehen. Der Bezirksleiter, Kollege Rapplein (Nürnberg) hielt die Festrede. Dieser schilderte die Entwicklung des Verbandes und gab seiner Begeisterung darüber Ausdruck, daß der Verband im Jahre 1927 allein über 100.000 Mitglieder beigetreten sind, so daß die Mitgliederzahl nunmehr auf über 800.000 angewachsen sei. Er dankte den Gründern sowie auch den alten Mitgliedern für die Treue, die sie dem Verband durch so viele Jahre bewahrt haben. Kollege Meißinger überbrachte dann der Verwaltungsstelle den Gruß der Ortsgruppe Roth der sozialdemokratischen Partei. Der Rappier Paul Kühnlein nahm die Ehre der Mitglieder vor, die dem Verband 30 oder 25 Jahre angehören. Die Erfreuten wurden mit der Verbandsbrennende und die letzteren mit Diplomen ausgezeichnet. Dann kam der gesellschaftliche Teil zu seinem Recht, der alle Teilnehmer noch einige Stunden in gemühtlicher Stimmung beizammenhielt.

Das Sincar Fahrradwerk

Die Sincar Fahrradwerk Aktiengesellschaft, das Unternehmen der Gewerkschaften, hat in Berlin, Oranienstr. 127, eine Fabrikniederlage eingerichtet. Das Werk besitzt bereits Niederlagen in Breslau, Dresden, Hannover, Dessau, Halle usw. Es hat bewiesen, daß es durch Lieferung eines guten Fahrrades zu leichteren Bedingungen immer mehr Eingang findet. In der neuen Niederlage zeigt das Werk seine sämtlichen Modelle. Der Verkauf für Berlin findet von jetzt ab nur noch in dieser Niederlage statt, und zwar werktäglich von 9 bis 7 Uhr. Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, daß das Werk an Mitglieder der freien Gewerkschaften Fahrrad, ohne jede Anzahlung gegen Wagnisraten von 3 M oder Monatsraten von 12 M liefert. Die auswärtigen Kollegen bestellen ihre Räder nach wie vor direkt im Sincar Fahrradwerk, Berlin-Oranienstr., von wo aus der Versand geschieht.

Auf dem Wege zum europäischen Erztrüff

Im Vorjahre gelang es dem schwedischen Erztrüff von Grangesberg, die nordafrikanischen Erzgruben unter seine Kontrolle zu bringen. Jetzt kommt die Meldung, daß zwischen dem schwedischen und lothringischen Erzbergbau eine Gemeinschaft angebahnt werden soll. Kommt die Verbindung zwischen Frankreich und Schweden zustande, dann kontrolliert der Grangesbergtrüff rund 96 vH der gesamten europäischen Erzgewinnung. Die deutsche Hüttenindustrie, die auf den Bezug ausländischer Erze angewiesen ist, käme damit in eine eigentümliche Stellung, weil sie dann einem mächtigen Monopol gegenübersteht.

Die Erzbergbau der deutschen Hüttenindustrie ist heute wesentlich anders als in der Vorkriegszeit. Dantals gehörten Elsaß-Lothringen und Luxemburg noch zum deutschen Zollgebiet, zwei Bezirke, die Eisenerzvorkommen von großer Ausdehnung aufwiesen. In den rheinisch-westfälischen Hochöfen wurde in der Hauptsache Minetteerz verhüttet. Die deutsche Erzförderung betrug im Jahre 1913 28,6 Millionen Tonnen mit einem Eisengehalt von 8,5 Millionen Tonnen, während in den letzten Jahren nur 8 Millionen Tonnen Erz mit einem Eisengehalt von rund 2,5 Millionen Tonnen gefördert wurden. Die Abtrennung Lothringens und Luxemburgs von Deutschland, die politischen Wirren zwischen Frankreich und Deutschland, der Ruhrkampf und andere Umstände haben die deutschen Hüttenwerke veranlaßt, den größten Teil ihres Erzbedarfes aus anderen Ländern Europas zu beziehen. An erster Stelle steht heute Schweden, an zweiter Spanien, an dritter Frankreich, dann folgt Neufundland (Wabana-Erz), Nordafrika usw. Die Versorgung der schwedischen Erze geschah auch wegen dem Kohlen- und Koksangel, weil diese fast eisenhaltigen Erze bedeutend weniger Brennstoff zur Verhüttung benötigen. Die deutsche Hüttenindustrie bezieht heute aus Schweden ungefähr 7 bis 8 Millionen Tonnen Erz im Jahr. Diese gewaltige Erz-einfuhr von Übersee hat umfangreiche Verladeeinrichtungen in holländischen Häfen notwendig gemacht. Ein großer Teil des Umschlagbetriebes des Hafens in Rotterdam ist heute im Besitze der westdeutschen Hüttenindustrie.

Der Hauptlieferant Deutschlands ist der schwedische Erztrüff, die *Trafikaktiebolaget Grängesberg-Oxelösund*, der in Mittelschweden seinen Sitz hat. Durch einen Vertrag mit dem schwedischen Staat hat die Grängesberg-Gesellschaft auch die nordischen Gruben in Kiruna, Luossavaara und Gällivara zugewiesen bekommen. Rund 75 vH der schwedischen Erzausfuhr, die zum allergrößten Teil vom Grängesbergtrüff beorgt wird, geht nach Deutschland. Eine Gruppe deutscher Hüttenwerke, und zwar Krupp, die Gutehoffnungshütte und Hoehs haben die schwedischen Erzgruben von Blöberg, insbesondere die Erzgruben der Aktiewalgen *Nya Moragsforsarna* erworben. Die gleiche Gruppe, zu der auch die Vereinigte Stahlwerke AG. gehört, besitzt Erzgruben in Norwegen. Die schwedischen Erze stellen hochwertige Hamatiterze dar; sie sind stark phosphorhaltig; aber auch hochwertige phosphorarme Erze werden dort gewonnen.

Im Frühjahr 1927 ging die Grängesberg-Gesellschaft dazu über, sich über Schweden hinaus auszudehnen. Sie übernahm die Erzgruben der holländischen Firma *Wm. S. Müller* in Nordafrika. Diese holländische Firma wurde in den siebziger Jahren in Düsseldorf als Erzhandelsgesellschaft gegründet. Sie siedelte später nach Rotterdam und von da nach dem Haag über, wo sie im Schiffahrtsgeschäft tätig war und hauptsächlich

für die Ruhrindustrie Erze herbeischaffte. Im Kampfe gegen die Gebrüder Mannesmann gelang es der Firma Müller, in die Erzgruben von Algier, Tunis und Marokko einzudringen. Das gesamte Erzgeschäft der Firma Müller soll nunmehr in eine eigene Gesellschaft übergeführt werden, wovon die Grängesberg-Gesellschaft rund 90 vH des Aktienkapitals und die Firma Müller im Haag den Rest übernommen hat. Durch diese Ausdehnung erhielt der Grängesbergtrüff die Kontrolle von 60 bis 70 vH der gesamten europäischen Erzgewinnung. Zweifellos eine ungeheure Macht, die für die deutsche Hüttenindustrie besonders fühlbar werden kann. Nun kommt die Meldung, daß der Schwedentrüff seine Herrschaft auch noch über die riesigen Erzlager der Minette ausdehnen gedenkt.

Das starke Ausdehnungsbedürfnis der schwedischen Erzgesellschaft dürfte die enge Verbindung mit dem schwedischen Zündholztrüff zurückzuführen sein. *J. Bar Kreuzer*, der Streichholztrüff, der es verstand, aus einem so winzigen Gegenstand wie einem Streichholz eine Weltmacht aufzubauen, ist Großaktionär der Grängesberg-Gesellschaft. Die Bedeutung des schwedischen Zündholztrüffs dürfen wir als bekannt voraussetzen. Nach seinen eigenen Angaben betreibt er mit seinen Untergesellschaften mehr als 150 Zündholzfabriken mit über 50 000 Arbeitern in 28 Ländern. Er erklärte vor einigen Jahren in einem Vortrage in London: „Es gibt keinen einzigen Wettbewerber, der genügenden Einfluß hat, auf irgendeinem Markte, den Geschäften der schwedischen Gesellschaft Schaden zu können, und kein Markt ist für sich selbst genügend groß, um von maßgebender Bedeutung für die Gesellschaft zu sein.“ In der Tat kontrolliert der schwedische Zündholztrüff mit seiner amerikanischen Tochtergesellschaft und den übrigen Untergesellschaften 75 vH der Weltproduktion an Zündholzern. Es war nicht nur eine Geste, sondern der Ausdruck einer Weltmacht, daß Kreuzer der französischen Regierung kürzlich eine große Anleihe vermitteln konnte, wo *Poincaré* Monate und Jahre vergeblich bemüht hatte, diese auf den amerikanischen Geldmärkten unterzubringen. Die längeren Verhandlungen, die Kreuzer selbst in Frankreich führte, werden auch zu der Verbindung zwischen dem schwedischen Erztrüff und der Minette beigetragen haben.

Es ist also damit zu rechnen, daß fast die gesamte europäische Erzproduktion unter die Kontrolle des schwedischen Erztrüffkapitals kommt. Für die Franzosen wird die Vereinigung zu einer solchen Gemeinschaft desto größer gewesen sein, weil sie ihren Hauptkunden, die deutsche Eisenindustrie, zum großen Teil verloren hat und diese günstige Absatzquelle gern wieder zurück haben möchte. Dies glaubt sie durch die Zusammenarbeit mit den Schweden besser erreichen zu können. Aber auch die schwedischen Erztrüffleute haben das Bedürfnis, vor Ablauf der großen Lieferungsverträge mit der deutschen Hüttenindustrie sich mit ihren Wettbewerbern von der Minette insofern zu einigen, daß bei der Erneuerung der Verträge eine möglichst geschlossene Gruppe den Deutschen gegenübersteht.

Zu der europäischen Rohstahlgemeinschaft bildet die Zusammenballung der Erzgruben ein wichtiges Gegenstück. Die Rohstoffindustrie sowie die Verarbeitung steker sich in zwei gegenseitig überschneidenden Gruppen gegenüber. Es ist für die europäische Arbeiterschaft sehr wichtig, diese Zusammenhänge im einzelnen zu erkennen. **P a u l U f e r m a n n.**

dem Jahre 1796 hat hier der preussische Staat die Schätze des Bodens ausgebeutet. Mehr als zwei Milliarden Tonnen Kohle wurden von der riesigen Bevölkerung aus der Erde geholt. Aber nichts von diesen Schätzen blieb im Lande. Die Bevölkerung haufte ohne Kanalisation, ohne anständige Straßen, ohne gesunde Schulen, ohne Spielplätze oder sonstige Erholungsstätten, unmittelbar in der Nähe der Grube, eingeteilt zwischen Förderschächten und der neuen politischen Grenze, in denselben ein- oder zweistöckigen ungesunden rohen Ziegelbauten, die schon seit Jahrzehnten stehen.

R e i c h t u m u n d A r m u t nicht beikammen, dazu die politische, soziale und kulturelle Anechtung des Volkes — es ist schwer, auf diesem Boden Aufklärungsarbeit im Sinne einer gesunden proletarischen Politik zu betreiben. (Von Heinrich Kritz aus der Wiener Arbeiter-Ztg.)

Dom ungarischen Metallarbeiterverband

Am Ende des Jahres 1927 schloß der Verband seinen 25jährigen Bericht. Die Jubiläumssfeier zusammen mit unserem Verbandstage werden wir schon in einem neuen Metallarbeiterheime abhalten. Der Verband kaufte in Budapest ein großes Grundstück für 2000 Millionen Kronen, auf dem ein allen Anforderungen entsprechendes Heim gebaut wurde. Die Kosten betragen 9 Millionen Kronen. Aus dem 25jährigen Bericht ist ersichtlich, wieviel der Verband zur Unterstützung der Arbeitslosen geleistet und wieviel er auf dem Gebiete der Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und kulturellen Errungenschaften erreicht hat. Den Genossen stehen in den verschiedenen Provinzen- und hundertbesten Ortsgruppen nahezu 50 000 Bibliotheksbücher zur Verfügung, ein alle zwei Wochen erscheinendes Fachblatt; ferner sind wir bestrebt, unsere Mitglieder durch verschiedene Kurse zu unterrichten und zu erziehen, damit sie sich immerfort entwickelnden Technik gewachsen sind. Zu diesem Zwecke halten wir dieses Jahr in Budapest und der Provinz verschiedene Kurse ab. Neben all diesen Bestrebungen hat unser Verband noch eine sehr große Aufgabe zu erfüllen. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die Alters- und Invalidenunterstützung, die Einführung der Betriebsräte müssen wir uns erst noch erlampfen.

Vom 1. Januar 1927 bis 20. Dezember desselben Jahres sind dem Verbands 10 162 neue Mitglieder beigetreten. Im vergangenen Jahre führten wir die Unterstützung der Witwen und Waisen ein und haben vom 1. Januar 1927 bis 21. Dezember gleichen Jahres an die Angehörigen unserer verstorbenen Genossen insgesamt 62 777,16 Pengo ausbezahlt.

Trotz der schwierigen Verhältnisse sind wir bestrebt, die niedrigen Löhne im Verhältnis zur Leistung zu steigern. Wie bekannt, hatten wir in den Monaten Juli und August 1927 einen großen Kampf auszufechten. An diesem Kampfe nahmen 18 000 Metallarbeiter teil, und wie aus den unten angeführten Zahlen ersichtlich ist, haben wir auch in diesem Falle unsere Pflicht getan. Daß wir nicht mehr erreichen konnten, ist allein den schmerzigen Wirtschaftsverhältnissen und der ständigen großen Arbeitslosigkeit zuzuschreiben.

Vom 1. Januar bis 15. Dezember 1927 hatten wir in 61 Betrieben 100 Lohnkämpfe, woran insgesamt 36 845 Personen beteiligt waren. Von diesen waren 94 Streiks und 6 Aussperrungen. Die in den 61 Betrieben beteiligten 36 845 Personen verloren 319 150 Arbeitstage oder 2 555 044 Arbeitsstunden. Von den Streiks endeten 84 mit Erfolg, 14 ohne Erfolg, bei einem bekamen die Beteiligten Arbeit und einer ist noch nicht zu Ende.

Unsere 25jährige Jubiläumssfeier werden wir gleichzeitig mit unserem Verbandstage und in Gegenwart der Vertreter der Metallarbeiter-Internationalen abhalten. Wir eruchen den Internationalen Metallarbeiterbund, die Sitzung des Zentralkomitees im Herbst 1928 nach Budapest einzuberufen, damit wir sie mit unserer Jubiläumssfeier verbinden können.

Die Löhne der Metallarbeiter in Sowjetrußland

Auch in Sowjetrußland gehören die Metallarbeiter zu den bestgestellten Gruppen der Arbeiterschaft. Der Erwerb vom 31. Dezember 1927 berichtet über die Lohnverhältnisse der Metallarbeiter folgendes:

„Bei den meisten Trüff der Metallindustrie erfuhr der Lohn Anfang 1927 eine Erhöhung; wenn man für den Januar den durchschnittlichen Lohn von 64,8 Rubel = 100 setzt, so war er im Februar bereits um 2,4 vH gestiegen. In den nächsten Monaten wogte sich infolge einer Steigerung der Arbeitsverfügbarkeit eine weitere Zunahme des Verdienstes: im März um 7,7 vH, im April um weitere 7,3 vH und im Mai erreichte der durchschnittliche Lohn bereits 73,4 Rubel monatlich. Auch der Reallohn hat infolge der Preissteigerung eine Steigerung erfahren, und zwar, in Hundertteilen berechnet, eine noch größere als der Nominallohn. Diese Steigerung erreichte um die Mitte des Jahres 18,8 vH. Im übrigen ist aber die Steigerung des Reallohnes in den einzelnen Gebieten eine sehr verschiedene. Im südlichen Maschinenbau kommt sie auf 19,1 vH, im „Jugostal“ nur auf 8,8 vH, bei dem Maschinenbau „Gomsa“ auf etwa 12,9 vH. Im großen Durchschnitt ist jedenfalls die Aufbesserung des Reallohns bei den Metallarbeitern bedeutend größer als bei den sonstigen Arbeitergruppen, was durch die Regsamkeit der Verbandsorgane der Metallarbeiter zu erklären ist.“

Um den Wert der Lohnsätze richtig beurteilen zu können, sei mitgeteilt, daß der Rubel seiner Kaufkraft nach ungefähr einer Reichsmark gleich ist.

40 Jahre „Bekleidungsarbeiter“

Die Verbandszeitung „Der Bekleidungsarbeiter“ konnte am 5. Februar auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Als das Sozialistengesetz ihrem Ende zuging, wurde das Blatt in Hamburg gegründet, oft war es in den Anfangsjahren gefährdet, widerstandsmächtig das Gesicht des Blattes geändert werden, um den vielen Verfolgungen zu entgehen oder auch um den mannigfaltigen Wünschen der jungen Streiterjahre gerecht zu werden. So ist das Blatt gewachsen und hat sich heute unter der Leitung *Carl Thierfelders* zur achtunggebietenden Verbandszeitung entwickelt. Dem Jubilar unsere besten Wünsche.

Josef Biermeier †

Am 4. Febr. morgens verschied an Herzschwäche der 1. Vorsitzende des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes *Josef Biermeier* im Alter von 52 Jahren. Noch wenige Stunden vorher wollte er in der Mitte seiner Vorstandskollegen. *Biermeier* ging aus kleinbäuerlichen Kreisen Mittelbrantens (Bayern) hervor. Nach der Schulzeit erlernte er das Bäcker- und Mühlenhandwerk. Seiner Berufsorganisation schloß er sich im Jahre 1899 in München an. Nach kurzer Zeit wurde er Angestellter der Poststelle, der er bis zu seinem Weggang in den Verbandsvorstand diente. Von 1907 bis 1918 war er Vorsitzender des Verbandsauschusses und im gleichen Jahre wurde er zum 1. Verbandsvorsitzenden gewählt. Bei der Errichtung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde er in dieses Parlament berufen. Der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter gehörte er seit der Gründung als Vorstandsmitglied an. In allen Ämtern zeigte er sich als der bereite Anwalt seiner Berufscollegen. Insbesondere leistete er Hervorragendes im Kampfe zur Sicherung des gesetzlichen Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit. *Biermeiers* erfolgreiches Wirken für die Entzweiten und Ausgebeuteten wurde schließlich unterbrochen von dem allbezwingerndem Tod. Aber sein Werk wird weiterleben, denn er war einer der Besten der organisierten Arbeiterschaft. Ein treuer Freund in allen stürmischen Zeiten, ein tatkräftiger Anwalt der proletarischen Sache ist von hinnen gegangen. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden.

Land unterm Kreuz - Bilder aus Oberschlesien

Land unterm Kreuz deswegen, weil hier ein katholisches Volk wohnt, hier in Oberschlesien die katholische *Z e n t r u m s p a r t e i* Trumpf ist. Es gibt in ganz Preußen wohl kaum eine einzige Provinz, die so ausgeprägten Zentrumscharakter trägt. Seitdem diese jüngste Provinz Preußens geschaffen worden ist, wurden alle wichtigen Verwaltungsstellen mit Zentrumsleuten besetzt. Von den zwölf Oberbürgermeistern der Provinz gehören 11 dem Zentrum an. Der Verpräsi — in Personalunion mit dem Regierungspräsidenten — ist Zentrumsmann. Unter den Beamten des Oberpräsidiums und der Regierung befindet sich ein einziger Sozialdemokrat. Die Landräte sind Zentrumsleute oder Deutschnationale. Auch unter ihnen kein Sozialdemokrat.

Wer aus dem Reiche nach Oberschlesien kommt und diese politischen Zustände sieht, der fragt sich, wie das möglich war. Die Antwort ist: Das Zentrum, hinter dem doch nur etwa 48 vH der ober-schlesischen Wählerchaft stehen, hat darum eine so große Machtposition in Oberschlesien erringen können, weil die Arbeiterorganisationen seit vielen Jahren danielerlagen und nach dem Durcheinander der Abstimmungskämpfe, der Selbstschußzeit, der Inflation und des kommunistischen Laumels erst in den Jahren 1926 und 1927 dazu kamen, sich innerlich wieder zu fesseln.

Der vollständige Zusammenbruch der politischen Arbeiterbewegung in Oberschlesien — durch sachliche und persönliche Gründe bedingt — offenbarte sich am deutlichsten im Jahre 1924. Die Wählerchaft der Sozialdemokratie schmolz auf etwa 20 000 Stimmen zusammen, die Kommunisten erhielten 200 000 Stimmen. Denn gerade in den Wähltagen herrschte Generalstreik, geführt von den Kommunisten. Aber die Niederlage vom Mai 1924 hatte auch ihre guten Seiten. Sie brachte den gewerkschaftlichen Organisationen und der politischen Arbeiterbewegung innere Einheit und erneute Wertschätzung agitatorischer Kleinarbeit.

Zwischen 1924 und 1928 liegen vier Jahre mühseliger Kleinarbeit. Eine straffe und besonnene Gewerkschaftspolitik konnte die Reihen der freien Gewerkschaften so stark wieder auffüllen, daß der Bergarbeiterverband und der Metallarbeiterverband nicht nur bei den Betriebsratswahlen als die alleinigen Sieger hervorgingen, sondern auch in den Mitgliederversammlungen wieder das Bild einer gesunden Gewerkschafts-energie zeigten. Das gleiche gilt für die Parteiorganisation, die sich soweit festigte, daß der Bezirk Oberschlesien ab 1. Januar 1928 wiederum selbstständig geworden ist, nachdem er vorhergehend an Breslau angegliedert war.

Oberschlesien ist ausgesprochenes Industriegebiet. Die Bergarbeiter, die Hüttenarbeiter, die Fischlunge aus Ostoberschlesien aber leben in geradezu unmürigen Verhältnissen. Niedrige Löhne, hohe Unfallzahlen, untragbare Wohnungsverhältnisse haben dem ober-schlesischen Arbeiter seit jeher eine *R e i c h t u m u n d A r m u t* gegeben. Ohne innere Gemeinsamungen war er daher der kommunistischen Propaganda zett-

lungslos verfallen. Das zeigte sich insbesondere bei den Arbeitslosen, die noch im vorigen Jahre die unerlöpliche Kraftquelle der kommunistischen Bewegung waren. Auch hier hat sich jedoch manches geändert. Die Kommunalparlament des Jahres 1924 — ebenfalls unter dem Eindruck der *Maifatastrophe* gewählt — wurden nach dem Eingemeindungsgezet, das im ober-schlesischen Industriegebiet die drei Großstädte *Hindenburg* mit 123 000, *Wleiwig* mit 107 000 und *Butzen* mit 93 000 Einwohnern schuf, durch neue Stadtverordnetenversammlungen ersetzt, in denen sich die Sozialdemokratie stärker durchsetzen kann als vorher.

Wer wissen will, wie der ober-schlesische Arbeiter lebt, der braucht sich nur zwei Tatsachen aus dem Vergangenen vorzuführen. Die eine: das Jahr 1927 war ein richtiges Rekordjahr für die ober-schlesische Kohle. Die Förderung stieg von 14,2 Millionen Tonnen im Jahre 1925 bei einer Belegschaft von 44 694 Bergarbeitern auf 19,4 Millionen Tonnen im Jahre 1927 bei einer Belegschaft von 51 895 Bergarbeitern. Das bedeutet eine außerordentlich scharfe Anspannung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, eine ungeheure Ausnutzung der Arbeitskraft, ohne daß auf der andern Seite die Bergarbeiter in Form genügend erhöhter Löhne die verdiente Entschädigung erhalten hätten. Und die zweite Tatsache: die Unfallzahlen des Jahres 1927 weisen gegenüber den vorhergehenden Jahren eine außerordentlich große Steigerung auf, so groß, daß Oberschlesien nahezu an der Spitze aller Reviere steht. Dafür nur ein paar kleine Beispiele. Die dem *Borsig-Werk* gehörige *Hedwigs-munshgrube* verzeichnete an Unfällen im Jahre 1924 695, im Jahre 1925 976, im Jahre 1926 1392 und im Jahre 1927 1516! Auf der *Ludwigsglückgrube* stieg von 1924 bis 1927 die Zahl der Toten um 325 vH, auf der *Hedwigs-munshgrube* um 130 vH. Die *U n a u f l ö s l i c h e A n t r e i b e r e i* und nicht zuletzt die geringen Löhne sind die unmittelbaren Ursachen für derartige gesenksame Zahlen, die keines weiteren Kommentars bedürfen. So lebt der ober-schlesische Bergarbeiter! Daß ihm manchmal die Erbitterung übermannt, erscheint nunmehr verständlich.

Als der preussische Innenminister im vergangenen Jahre in Hindenburg weilte, fällt er über die Wohnungsverhältnisse in Hindenburg ein vernichtendes Urteil und meinte, das Beste für die Stadt wäre, sie niederzureißen oder niederzubrennen und an einem anderen Plage völlig neu wieder aufzubauen. Im Gegensatz zu andern Gegenden Deutschlands stammt aber das Wohnungsverhältnis des ober-schlesischen Industriegebietes nicht aus der Nachkriegszeit, sondern aus den Vorkriegsjahren. Die Werkverwaltungen haben den Arbeitern miserable Ziegelbauten hingestellt, in denen sie nun schon zwanzig, dreißig Jahre ohne bauliche Veränderungen hausen. Was an Oberschlesien vor dem Kriege gesundigt wurde — auch vom Staat und vom Reiche — ergibt sich am deutlichsten, wenn der Fremde einmal durch die furchtbaren Straßen von *Jahnsdorf* laubert, wo die fiskalischen Gruben der *Brenntag* liegen. Seit

